

2. Untergrundterrorismus und Staatsterrorismus im Kontext des israelisch-palästinensischen Konflikts

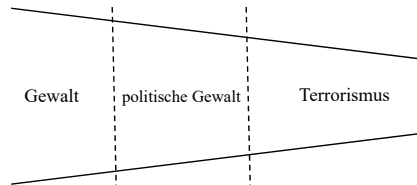
Dieses Kapitel geht der zentralen Frage nach, wie der Begriff Terrorismus definiert wird und welche Ursachen innerhalb verschiedener Theoriemodelle diesem Phänomen zugeschrieben werden. Sowohl der Untergrundterrorismus als auch der Staatsterrorismus werden abgehandelt. Das erste Kapitel beginnt mit der Differenzierung der drei Begriffe: Gewalt, politische Gewalt und terroristische Gewalt. Kapitel 2.1.1 bemüht sich um die Einordnung des Begriffs Terrorismus in eine Typologie der politischen Gewalt. Danach erläutert Kapitel 2.1.2 die verschiedenen Definitionsansätze des Terrorismus und die formalen Aspekte des Terrorismus. Im Anschluss werden jeweils die Begriffe Untergrundterrorismus und Widerstandskampf (Kapitel 2.1.3) sowie Staatsterrorismus und Kriegsverbrechen verglichen und diskutiert (Kapitel 2.1.4). Der zweite Teil dieses Kapitels beschäftigt sich mit den theoretischen Erklärungsansätzen für die Terrorismusursachen (Kapitel 2.2.1.). Anschließend werden die wissenschaftlichen Erkenntnisse zu den Terrorismusursachen in Kapitel 2.2.2. auf den palästinensischen Untergrundterrorismus bzw. in Kapitel 2.2.3. auf den israelischen Staatsterrorismus angewandt. Zum Schluss erfolgt eine Zusammenfassung des gesamten Kapitels.

2.1. Terrorismus und politische Gewalt – Definitions- und Abgrenzungsversuch

2.1.1. Terrorismus im Kontext der Typologie der politischen Gewalt

Die deutsche Unabhängige Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt definierte Gewalt als „die zielgerichtete, direkte physische Schädigung von Menschen durch Menschen“ (Heitmeyer und Schröttle, 2006, S. 15). Doch die große Spannweite dieser Definition wird kritisiert, denn diese beruhe auf der Verwendung diverser Zugänge, die im interdisziplinären Bereich zwischen Soziologie, Psychologie, Politikwissenschaft, Geschichte und Rechtswissenschaft liegen. Aufgrund dessen sind Versuche der Definition und Kategorisierung des Phänomens Gewalt bis ins Unendliche möglich (Heitmeyer und Schröttle, 2006, S. 14–16). Die für dieses Forschungsvorhaben relevante politikwissenschaftliche Annäherung fokussiert auf die politische Gewalt, die als eine Subkategorie des Gewaltbegriffs gilt. Die politische Gewalt steht für „kollektive Handlungen, die in großem Umfang physische Zwangsmaßnahmen beinhalten und dem Gegner Schaden zufügen, um politische Ziele zu erreichen“ (della Porta, 2009, S. 91). Sie kann zu einem bestimmten Zeitpunkt in einer Gesellschaft als legitim oder illegitim betrachtet werden (della Porta, 2009, S. 90). Zentral ist die Zielsetzung der politischen Gewalt, eine Änderung in den politischen Prozessen oder Handlungen anderer Akteure zu bewirken. Die politische Gewalt umfasst unterschiedliche Formen wie Angriffe auf Eigentum, Konfrontationen zwischen ethnischen oder politischen Gruppen, Zusammenstöße mit der Polizei oder terroristische Gewalt (della Porta, 2009, S. 91).

Abb. 2.1. Verengung der definitorischen Spannweite der Begriffe Gewalt, politische Gewalt und Terrorismus



Aus den vorangegangenen Beobachtungen geht hervor, dass die politische Gewalt eine Subkategorie des Begriffs Gewalt ist. Der Terrorismus stellt seinerseits wieder eine Subkategorie der politischen Gewalt dar. Doch der Umkehrschluss ist nicht möglich, denn nicht jede Form der politischen Gewalt ist Terrorismus (Schubert, 2006, S. 129). Abb. 2.1. veranschaulicht, wie die definitorische Spannweite der Begriffe zunehmend verengt wird. Die gestrichelten Linien zeigen, dass die Grenzen zwischen den Begriffen fließend sind.

An dieser Stelle ist es wichtig, die Gewaltfreiheit als alternative Mittel der politischen Auseinandersetzung gegenüber dem Terrorismus zu erwähnen. Gewaltfreiheit bedeutet das gewaltlose Aushandeln von politischen Konflikten. Gene Sharp beschreibt den gewaltfreien Kampf als Technik, die gegen einen Gegner eingesetzt wird, der für einen militärischen Kampf bereit und ausgerüstet ist und nicht mit Gewalt zu besiegen ist (Sharp, 1989, S. 4). Gewaltfreiheit wird in der Regel vor einem asymmetrischen strukturellen Kontext diskutiert. Als „eine nicht-militärische Verteidigung gegen einen Aggressor umfasst sie gewaltfreie Bemühungen, eine schon beständige ausbeuterisch/repressive Struktur zu transformieren, die oft als Ergebnis einer vergangenen Gewalt entstanden ist“. Sie ist nicht eine bloße Form des „passiven Widerstands“ (Galtung, 1989, S. 58), sondern eine aktive Strategie, die auf verschiedenen Ressourcen sowie Mobilisierung zum Widerstand beruht. Im israelisch-palästinensischen Konflikt stellt die Gewaltfreiheit eine besondere Variante des kollektiven Handlungsrepertoires in der politischen Auseinandersetzung dar, die bei der Darstellung des Konflikts in den Medien und der Wissenschaft, ja auch in der Politik, kaum berücksichtigt wird. Passend zu diesem Forschungsvorhaben umfasste der palästinensische Kampf um nationale Selbstbestimmung nicht nur Mittel der politischen Gewalt, sondern auch gewaltfreie Methoden, wie z. B. in der ersten Intifada.

Nähert man sich der interdisziplinären Terrorismusforschung, so stellt man eine hohe Heterogenität der Terrorismusdefinitionen fest. Um die Diskussion zu konkretisieren, werden exemplarisch einige Definitionen aus der Wissenschaft und Politik genannt. Crenshaws oft zitierte Terrorismusdefinition betont den Untergrundcharakter des Phänomens: „Terrorismus ist eine

kalkulierte Gewalt verschwörerischer Art, die Einstellungen und Verhalten eines mehrheitlichen Publikums zu beeinflussen versucht. Er zielt auf die wenigen, sodass sie die Aufmerksamkeit der vielen auf sich zieht. Terrorismus ist keine Massen- oder Kollektivgewalt, sondern eher die unmittelbare Aktivität einer kleineren Gruppe“ (Crenshaw, 2007). In seinem Buch „Our Terrorism and Theirs“ vertritt Ahmad eine moralische Sichtweise. So definiert er Terrorismus allgemein als „die illegale Nutzung der Gewalt, um das Verhalten anderer zu beeinflussen, eine Strafe zu vollstrecken oder ein vorhergehendes Ereignis zu rächen“ (Ahmad, 2001, S. 52). Diese Definition umfasst staatliche sowie substaatliche Akteure. Andererseits betont Schuberts Definition explizit die Asymmetrie des Untergrundterrorismus gegenüber den Machthabern: „Der Terrorismus ist eine Taktik eines asymmetrischen Krieges, in der die Gewalt gegen Nichtkombattanten eingesetzt wird oder damit gedroht wird, um Furcht und ein allgemeines Gefühl der Angst zu erregen, um die Macht oder politische Änderung anzustreben“ (Schubert, 2006, S. 129). Stohl und Lopez definieren Terrorismus wie folgt: „Er ist der absichtliche Akt oder Drohung mit Gewalt, um Angst und/oder konformes Verhalten des Opfers und/oder des Publikums des Aktes oder Drohung zu verursachen“ (Stohl und Lopez, 1984, S. 7, S. 103). Für Nathanson sind terroristische Gewalttaten „Akte einer ernsten, absichtlichen Gewalt oder einer glaubwürdigen Gewaltandrohung; die zur Förderung einer politischen oder sozialen Agenda verübt wird, in der Regel auf eine begrenzte Zahl von Menschen zielt, aber eigentlich an eine größere Gruppe und/oder die Führer adressiert ist, die die Entscheidungen für die Gruppe treffen“ (Nathanson, 2010, S. 24). Im politischen internationalen Diskurs versuchte der Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen Kofi Annan im Jahre 2005 in der UNO-Versammlung der folgenden Definition Geltung zu verschaffen: „Unter Terrorismus ist jede Handlung zu verstehen, die darauf abzielt, durch die Tötung oder schwere Verletzung von Zivilpersonen oder Nicht-Kombattanten eine Bevölkerung einzuschüchtern oder eine Regierung oder eine internationale Organisation zu einem Tun oder Unterlassen zu nötigen“ (Scheerer, 2006, S. 511).

Die Sichtung der Terrorismusdefinitionen lässt zwei Elemente festhalten: a) die Ausübung der Gewalt gegen Zivilisten und b) die politische Motivation, durch Angst und Schrecken eine konkrete Änderung zu vollziehen. Thomas Herzog nennt drei verschiedene Ansätze für die Terrorismusdefinitionen: a) den empirischen (aufzählend, fakten-orientiert); b) den normativen (mit moralischer Beurteilung der Akte) und c) den historischen Ansatz, der den Begriff Terrorismus als evolutionären Prozess erklärt (Herzog, 1991, S. 21–25). Während die historisch-orientierten Ansätze eine elaborierte Differenzierung und Ausgrenzung verschiedener Terrorismusakte erlaubt, geht der empirische Ansatz von den manifesten „Handlungsformen“ aus (Herzog, 1991, S. 21). Die zahlreichen Übereinkommen im völkerrechtlichen Rahmen zeigen, dass die Einstufung der meisten Terrorakte wie Mord, Totschlag, Sabotage, die Zerstörung öffentlicher Einrichtungen und ähnliche schwere Delikte (fast) problemlos erfolgt, solange sich diese auf die Beschreibung der Gewaltformen, ohne Verurteilung, beschränkt.

Dagegen beinhaltet die normative Definitionsebene die größte Schwierigkeit. Die Abwesenheit einer konsensfähigen Terrorismusdefinition resultiert nicht aus wissenschaftlichen Mängeln, sondern aus politischen Gründen bzw. unterschiedlichen Interessen (Nathanson, 2010, S. 15; Scheerer, 2006, S. 511). Ausgehend von den partikularen politischen Verhältnissen sowie dem Wunsch, die politischen Konsequenzen einer verbindlichen Terrorismusdefinition zu vermeiden, unterscheidet sich die Sichtweise auf die terroristische Gewalt in den verschiedenen geo-kulturellen Räumen wie den westlichen, arabischen und lateinamerikanischen Staaten (Stohl und Lopez, 1984, S. 103). Anders sieht es innerhalb einer kulturellen Region aus; denn diverse Erklärungen und Beschlüsse bestätigen eine höhere Wahrscheinlichkeit, dass internationale Organisationen mit regionaler Ausrichtung sich über den Terminus Terrorismus einig werden.¹¹ Für das Forschungsvorhaben ist die Festlegung möglichst objektiver Kriterien für den Terrorismus erforderlich, um eine adäquate Einstufung entsprechender Gruppen und Akte zu ermöglichen. Fletcher nähert sich dem Begriff Terrorismus mit Hilfe von acht Variablen an, die die Basis für eine kontextualisierte und operationale Definition dienen kann (Fletcher, 2006, S. 910–911). Die Variablen umfassen: a) der Faktor der Gewalt, b) die notwendige Intention, c) die Art der Opfer, d) die Verbindung des Täters zum Staat, e) die Gerechtigkeit und Motivation der Sache, f) der Organisationsgrad, g) das Theater-Element (Schauplatz) und h) der Mangel an Reue. Ähnlich geht diese Dissertation vor, indem sie in im Folgenden die formalen Aspekte der terroristischen Gewalt erläutert und diskutiert.

2.1.2. Die formalen Aspekte der Terrorismusdefinition

Der wissenschaftliche Diskurs zählt verschiedene formale Bestandteile von terroristischer Gewalt auf, die den Begriff präzisieren und ihn von benachbarten Begriffen abgrenzen. Die formalen Aspekte eines terroristischen Aktes umfassen Motivation, Zielsetzung, Opfer, Zielgruppe, Planung, Legalität, Legitimität und Akteur. Diese Aspekte sind allerdings inhaltlich umstritten und mangeln an Konsens im wissenschaftlichen Diskurs. Im Folgenden werden sie differenziert und kritisch erläutert, mit dem Ziel, ein schlüssiges Terrorismuskonzept für dieses Forschungsvorhaben herauszuarbeiten.

a) Motivation

Terroristische Gewalt ist meist durch den Wunsch nach einem politischen Wandel motiviert. Abgesehen von einigen Fällen, nach denen die Angehörigen des Täters nach dem Attentat finanziell und materiell unterstützt werden, implizieren die Motive in der Regel keinen Eigennutz für die Terroristen. Whittaker nennt die Täter daher „Altruisten, die an eine gute Sache glauben

¹¹ Wie z. B. Arab Convention for the Suppression of Terrorism der Arabischen Liga am 22.4.1998, Convention of the Organization of the Islamic Conference on Combating International Terrorism der Konferenz der Islamischen Länder am 1.7.1999 und dem Rahmenbeschluss des Rates vom 13. Juni 2002 zur Terrorismusbekämpfung von der Europäischen Union am 13.6.2002.

und sie verwirklichen möchten, sei sie real oder eingebildet“ (Whittaker, 2003, S. 9). Die Attentäter zeigen meist keine Reue oder Schuldgefühle, da sie von der Richtigkeit ihres Anliegens überzeugt sind und die von ihnen ausgeübte Gewalt als rechtmäßig wahrnehmen (Fletcher, 2006, S. 906). Dies unterscheidet die terroristischen Akte von kriminellen Handlungen, die mit einem konkreten Gewinn für den Täter oder mit egoistischen oder emotionalen Motiven zusammenhängen.

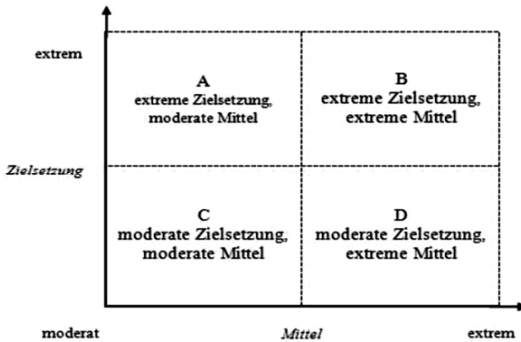
b) Zielsetzung

Im Unterschied zur Motivation reflektiert die Zielsetzung die erwünschten Änderungen im politischen Umfeld. Unter Terrorismusforschern herrscht Konsens, dass die Verbreitung von Furcht und Schrecken das Hauptziel des Terrorismus darstellt, um so direkt oder indirekt die eigenen politischen Forderungen durchzusetzen (Schneiders, 2006, S. 34; Lutz und Lutz, 2004, S. 10; Herzog, 1991, S. 106; Waldmann, 2005a, S. 12). Terrorismus ist ein Akt der politischen Gewalt, der „zumindest mittelfristig die Strukturen und die Aufteilung der Macht innerhalb einer Gesellschaft beeinflusst und diese entscheidend zu den Gunsten seiner Akteure verschieben will“ (Imbusch, 2006, S. 489). Die Gewalt gegen die Zivilisten können sowohl staatliche wie auch nichtstaatliche Akteure verüben, um die Strategien anderer zu beeinflussen (Gambill, 1998, S. 52). Terrorismus richtet sich gegen diejenigen, die als Repräsentanten und Bewahrer des unerwünschten Status quo auf politischer, sozialer oder wirtschaftlicher Ebene gelten. Die Machtverhältnisse innerhalb eines gesellschaftlichen oder politischen Systems sollen aus der Sicht der Terroristen umstrukturiert werden (vgl. Schneider, 2006, S. 34; Imbusch, 2006, S. 489). Es geht den Tätern dabei nicht um die physische Vernichtung der Zielgruppe, sondern darum, symbolhaft ihre Macht durch den Schrecken zu behaupten. Die Verwundbarkeit von Zivilisten wird also von Terroristen betont, um damit eine Reaktion seitens anderer Akteure zu erzwingen.

Eine theoriegeleitete Entkopplung von eingesetzten Mitteln und Zielsetzung der terroristischen Gewalt kann hilfreich sein, um die moralischen Implikationen eines Terroranschlags beurteilen zu können (siehe Abb. 2.2.) An dieser Stelle soll zwischen dem Extremismus der Mittel und dem Extremismus der politischen Zielsetzung unterschieden werden (Imbusch, 2006). D. h. ein Ziel kann durchaus moralisch hochwertig sein (wie Umweltschutz, Sicherheit oder Nationalbefreiung), während die eingesetzten Mittel aufgrund ihrer extremen Rücksichtslosigkeit gegenüber den Menschenrechten anderer als verwerflich zu bewerten sind. Die Beschreibung der Zielsetzung allein hat keine Aussagekraft über den moralischen Anspruch eines Terroranschlags und kann daher den Terrorismus weder legitimieren noch de-legitimieren (Nathanson, 2010). Moralisch verurteilt werden allein der Einsatz gewaltsamer Mittel und die Gefährdung von Zivilisten, selbst wenn sie anspruchsvolle Ziele verfolgen. In Abb. 2.2. wird die Trennung von Zielen und Mitteln der terroristischen Gewalt veranschaulicht. Die Felder B und D entsprechen den Fällen, in denen extreme Mittel eingesetzt werden, um politische Ziele durchzusetzen, seien

diese Ziele moderat oder extrem. Dagegen stehen die Felder A und C für moderate bzw. extreme Zielsetzungen, bei denen die Gruppen moderate Mittel der politischen Auseinandersetzung wie z. B. Proteste anwenden.

Abb. 2.2. Zielsetzung und Mittel des Terrorismus als politische Gewalt (Quelle: Schubert, 2006, S. 121)



An dieser Stelle ist eine kurze Abhandlung der Wirksamkeit des Terrorismus angebracht. Die Analyse der Wirksamkeit der terroristischen Mittel führt zu widersprüchlichen Ergebnissen. Ein Hauptziel des Terrorismus ist es, durch die psychologisch wirksame Bedrohung und Ängstigung von Zivilisten das herrschende Regime oder inoffizielle Machthaber zu destabilisieren und zu delegitimieren. Der Untergrundterrorismus schwächt das Herrschaftsfundament des Staates, da dieser nicht imstande ist, die zivile Bevölkerung ausreichend zu schützen. Die Terroristen beweisen durch erfolgreich ausgeführte Anschläge, dass die politische Herrschaft den Bürgern keine Sicherheit garantieren kann. Des Weiteren gilt der Terrorismus als „provokativ“, da er eine politische Stagnation durchbrechen oder Sympathie für die Ziele der Attentäter erregen soll (Conteh-Morgan, 2004, S. 259).

Empirische Studien zeigen oft, dass der Untergrundterrorismus mit Blick auf seine Forderungen erfolglos bleibt. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass eine Öffentlichkeit, die in Panik gerät, dazu neigt, in dem sogenannten „Rally-around-the-Flag-Effekt“ ihrer Regierung beizustehen und ihr freie Hand in der Terrorbekämpfung zu lassen (Hafez, 2004, S. 56). Die These der Unwirksamkeit des Terrorismus beruht also auf der Annahme, dass wiederholte terroristische Anschläge eine härtere Position des Staats provozieren. In Bezug auf den Forschungsgegenstand schrieb Galtung bereits in der ersten Intifada, dass mit jedem palästinensischen Anschlag auf Israel die friedensbereiten Bevölkerungsteile Israels und ihr Einfluss auf die Innenpolitik geschwächt werden. Eskaliere die Gewalt weiter, so radikalisierten sich die israelische Regierung und die öffentliche Meinung. Galtung kam daher zu dem Schluss, dass

die terroristische Gewalt vor allem die „repressiven Elemente“ Israels mobilisiere und deshalb gestoppt werden müsse (Galtung, 1989, S. 54). Ähnlich bewertet Said einige Formen des palästinensischen Widerstands als „zwecklos und ineffizient“. Er unterscheidet zwar zwischen Angriffen auf Soldaten und auf Zivilisten, wobei er die Anschläge grundsätzlich als „kriminell und nutzlos“ verurteilte (Said, 2002, S. 111).

Andererseits gibt es historische Beispiele für einen langfristigen Erfolg der Akteure durch den Einsatz terroristischer Mittel. Della Porta spricht von einer „partiellen Wirksamkeit“ des Terrorismus und meint damit, dass der Einsatz von Gewalt mit der Wahrnehmung einer „zunehmenden Erfolgswahrscheinlichkeit“ durch die Täter ansteigt (della Porta, 2009, S. 92). Beispiele aus dem israelisch-palästinensischen Konflikt zeigen, dass der zionistische Terrorismus in der Gründung eines jüdischen Staats resultierte (Hoffmann, 2011). So vertritt Bruce Hoffmann in seiner Untersuchung zum zionistischen Terrorismus vor der Gründung des Staats Israels die These, dass die Anschläge der Irgun- und Stern-Gangs in Palästina die Ereignisse in den Fokus internationaler Aufmerksamkeit rückten und -zusammen mit anderen Faktoren- den Verlauf der Gründung des Staates Israels maßgeblich beeinflussten. Die Vergeltungsanschläge zionistischer Terroristen damals hatten das Ziel, die britische koloniale Präsenz in der Region als verwundbar darzustellen. Letztendlich erzeugte die Tötung von zwei britischen Soldaten einen erhöhten Druck der Öffentlichkeit auf die britische Regierung, was den britischen Rückzug aus Palästina beschleunigte. In September 1947 erklärte Großbritannien seinen politischen Rückzug aus Palästina ab dem 15. Mai 1948, was die unmittelbar darauffolgende Gründung des israelischen Staats ermöglichte (Hoffmann, 2011, S. 266–267). Auch die Phase des internationalen Terrorismus durch palästinensische Gruppen in den 1960ern und 1980ern, der sich z. B. durch Flugzeugentführungen auch gegen unbeteiligte Dritte richtete, führte zu einer größeren Aufmerksamkeit für die damals vernachlässigte Palästinafrage (Baumgarten, 2000, S. 9–14).

Vor dem Hintergrund der Debatte zur Wirksamkeit des Terrorismus wird er als „Kommunikationsstrategie“ betrachtet, um die öffentliche Aufmerksamkeit auf die eigene Sache zu lenken. Deshalb kann man von einer bedingten und partiellen Wirksamkeit sprechen, die jedoch von weiteren Faktoren abhängig ist. Dazu gehören die Reaktionen des herausgeforderten Regimes, die internationalen Allianzen der Terrorgruppe und die Unterstützungsbereitschaft innerhalb der jeweiligen Bevölkerung. Ein wesentlicher Unterschied zwischen dem palästinensischen Terrorismus und dem islamistischen Netz Al-Qaida oder des Islamischen Staats liegt in der politischen Zielsetzung (vgl. dazu Punkt h) zur Rechtmäßigkeit der politischen Gewalt).

Im Hinblick auf den Aspekt Zielsetzung des Terrorismus sollen an dieser Stelle die gewaltfreien Alternativen zur Erreichung politischer Ziele diskutiert werden. Für Konsequentialisten¹² sind terroristische Anschläge anhand ihrer Folgen zu beurteilen. Nach dieser Ansicht würde ein Akt mehr Nutzen als Schaden erzeugen, so kann er moralisch geduldet werden. Doch

12 Diese philosophische Richtung bewertet die Gewaltakte nach ihrer Konsequenz, indem sie die Schäden und den Nutzen eines Anschlags abwägen.

in der Regel nehmen diese Wissenschaftler eine ablehnende Position gegenüber der Gewalt ein, weil sie aus ihren Analysen schließen, dass Terrorismus mehr Schaden als Nutzen erzeugt. Zum Beispiel kommt der israelische Philosophieprofessor Igor Primoratz zu dem Schluss, dass beide, der palästinensische und der israelische Terrorismus, wirkungslos seien, da ihre schädlichen Folgen nicht mit dem politischen Nutzen zu rechtfertigen seien. Die erreichten politischen Ziele wären auch mit gewaltfreien Mitteln erreichbar. Deshalb sollten komplett neue, gewaltfreie Strategien implementiert werden (Primoratz, 2007). Ähnlich resümiert Said, dass die Geschichte des palästinensischen Widerstandskampfs große Verluste und individuelle Heldentaten aufweise, jedoch keine koordinierte Strategie (Said, 2002, S. 111). Zudem schaden solche Anschläge den Palästinensern selbst, da israelische Sicherheitskräfte und internationale Beobachter den Widerstandskampf als Terrorismus diffamieren und so die israelischen Anti-Terror-Maßnahmen, exzessive Gewalt und Kollektivstrafen rechtfertigen könnten.

Als die erste Intifada am 7. Dezember 1987 ausbrach, schickte sie mehrere Botschaften an den israelischen Besatzer. Dazu gehörte die Herausforderung israelischer Herrschaft durch Nichtkooperation sowie die Demonstration der palästinensischen Fähigkeit, eigene Strukturen zu organisieren und zu mobilisieren (Sharp, 1989, S. 6). Auf der israelischen Seite wurde die erste Intifada vor allem als Sicherheitskrise wahrgenommen, was dazu führte, dass die Aktionen der Palästinenser von Israel nicht als politische Herausforderung, sondern als gefährliche Aktionen eingestuft wurden. Deshalb betonte Sharp die Notwendigkeit einer strikt gewaltlosen Strategie seitens der palästinensischen Akteure und Gruppen (Sharp, 1989, S. 8). Dies verspreche mehr Erfolg als gewalttätige Aktionen, selbst wenn sie von geringerer Intensität seien. Der gewaltfreie Kampf spalte die Machthaber über die möglichen Gegenmaßnahmen. Zudem besitze die Gewaltfreiheit das Potenzial, weltweit mehr Sympathie für die palästinensische Sache zu wecken (Dajani, 1999, S. 60). Für den Erfolg des gewaltfreien Kampfes im israelisch-palästinensischen Konflikt spielen verschiedene Bedingungen eine Rolle (Zunes, 1999, S. 48). Diese umfassen:

- die Mobilisierung einer überwältigenden Mehrheit der Palästinenser in den besetzten Gebieten gegen die israelischen Streitkräfte;
- die Herstellung von genügend negativen Auswirkungen auf die israelische Gesellschaft, sodass die Besatzung mehr Nachteile als Vorteile verursacht;
- die Beeinflussung der friedensbereiten israelischen Akteure, sodass sie den Einsatz repressiver Gewalt verweigern;
- die Herstellung ausreichender Sympathie für die Palästinafrage in den USA und anderen westlichen Ländern, die die israelische Besatzung ökonomisch, militärisch und diplomatisch unterstützen, sodass diese Unterstützung nicht mehr gesichert ist.

Zu den Vorteilen der ersten Intifada gehört sicherlich ihr erstmals umfassender Charakter, der die gesamten palästinensischen Gebiete gleichzeitig umfasste. Belege für die Intensität der

israelischen Verunsicherung sind das Verbot des Victory-Zeichens und palästinensischer Fahnen (Dajani, 1999, S. 54–56).

Betrachtet man die konkreten Ergebnisse der ersten Intifada, so stellt man fest, dass die Intifada – trotz der erfolgreichen Implementierung gewaltfreier Widerstandsmethoden in ihren ersten beiden Jahren – politisch scheiterte. Sie führte weder zu der gewünschten Unabhängigkeit noch zum Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten. Relevante Faktoren waren die Müdigkeit und das wirtschaftlichen Leiden der palästinensischen Bevölkerung. (Dajani, 1999, S. 59–60) Dagegen führte die internationale Sympathie für die Palästinenser zu der Erkenntnis, dass Gewaltfreiheit ein größeres Wirkungspotenzial hatte, weshalb die Palästinensische Befreiungsorganisation (Palestinian Liberation Organization PLO) im Jahr 1988 der Gewalt abschwor. Dies führte zu der diplomatischen Aufwertung der PLO auf internationaler Ebene. Die gewaltfreie Protestwelle verwandelte sich nach der Madrider Konferenz 1991 und der Prinzipienerklärung 1993 allmählich in den Oslo-Friedensprozess, der sich zu einer „langwierigen USA-geleitete[n] Diplomatie“ (Zunes, 1999, S. 48) entwickelte. Der Oslo-Prozess „neutralisierte“ den gewaltfreien Widerstand und unterstützte die Kontrolle der palästinensischen Bevölkerung durch die Behörden der Palästinensischen Autorität, während Israel immer noch die eigentliche Souveränität über das Land besaß (Zunes, 1999, S. 49). Die Hoffnung auf einen eigenen Staat Palästina verblasste. Die Palästinenser erkannten langsam die Rolle der neuen palästinensischen Strukturen bei der Sicherung von Israel, die eigene wirtschaftliche Abhängigkeit und Marginalisierung sowie die fortdauernde israelische Besatzung und aktive völkerrechtswidrige Siedlungspolitik (Dajani, 1999, S. 64–68). Dies leistete dem Aufschwung extremistischer Kräfte innerhalb der palästinensischen Gesellschaft Vorschub. Möglicherweise kulminierte die zunehmende Frustration der palästinensischen Bevölkerung in der Zweiten Intifada 2000, die allerdings ihren zunächst gewaltfreien Charakter nicht bewahren konnte. Sie entwickelte sich in eine bewaffnete Intifada, indem die palästinensischen Faktionen militante Operationen verübten (Flores, 2002, S. 50–66).

Da der Glaube an die Unwirksamkeit gewaltfreier Alternativen eine Ursache für die Anwendung terroristischer Gewalt ist, taucht die Frage auf, wie der israelisch-palästinensischen Konflikt in gewaltfreie Formen der politischen Auseinandersetzung umgewandelt werden kann. Inwiefern bietet die Konfliktodynamik den Akteuren „zivile Mechanismen zur Konfliktregulierung“ (Hippler, 2006, S. 70) an? Die Gewaltdynamik in Israel/Palästina interpretieren Tilly und Tarrow im Sinne eines Bürgerkriegs, der innerhalb eines politischen „Mischregimes“ („composite regime“) stattfindet (Tilly und Tarrow, 2006, S. 170).¹³ Zu beachten ist, dass es sich hierbei

13 Der Begriff „Bürgerkrieg“ im Kontext des israelisch-palästinensischen Konflikts ist nicht gerade präzise. Denn hier findet der Konflikt nicht zwischen zwei Fraktionen *eines* Volkes statt. Tilly und Tarrow nutzten diesen Begriff aus einer staatswissenschaftlichen Perspektive, weil der Konflikt rein rechtlich innerhalb eines Staates, nämlich Israel, stattfindet, da die palästinensischen besetzten Gebiete nicht den Status eines Staates haben.

nicht um einen nationalen Staat handelt, sondern um den Staat Israel und die annektierten palästinensischen Gebiete. Die Interaktion zwischen der institutionellen Elite sowie den israelischen und palästinensischen Bürgern auf beiden Seiten ergibt ein Feld für die politische Auseinandersetzung. Der doppelte Radikalismus innerhalb und außerhalb der beiden Gesellschaften schafft eine Polarisierung, die eine zunehmende ideologische Distanz zwischen den beiden politischen Lagern bewirkt, und in extremen Fällen zu Terrorismus führt.¹⁴ Extremisten auf beiden Seiten propagieren die Anwendung einseitig legitimer politischer Gewalt, einschließlich gegen Zivilisten. Seit Jahrzehnten verharrt der Konflikt in einer Eigendynamik der terroristischen Gewalt, also einer „Form tödlicher Politik“ (Tilly und Tarrow, 2006, S. 180). Dabei zielt die gegenseitige Abschreckungspolitik vor allem darauf, eine erwünschte Reaktion der anderen Konfliktpartei zu erzwingen (Schubert, 2006, S. 119).

Vor dem Hintergrund der Umbrüche in der arabischen Region, die seit 2011 unter dem Druck der arabischen Öffentlichkeit verschiedene Prozesse ausgelöst haben, bestand eine historische Chance für die nationale Selbstbestimmung der Palästinenser (El-Gawhary, 2011). Unter den damaligen Rahmenbedingungen gab es am Anfang Indizien für eine zunehmende – wenn auch langsame – Integration der Hamas in innerpalästinensische Entscheidungsprozesse, was ihre Mäßigung vorangetrieben hätte und die Gefahr der terroristischen Gewalt gegen israelische Ziele – zumindest vorläufig – gemindert hätte. Andererseits hätten erneute Bemühungen auf dem Weg zur Gründung eines eigenständigen Staates Palästina aufgenommen werden können, was jedoch durch die strukturell asymmetrischen Verhandlungen nicht zustande kam (Erekat, 2011a; Erekat, 2011b). Das Verhandlungsergebnis bleibt von weiteren Faktoren abhängig, wie z. B. Unterstützung der regionalen und internationalen Akteure, sowie die innenpolitischen Entwicklungen und die israelische Außenpolitik.

c) Opfer der terroristischen Gewalt

Den dritten formalen Definitionsaspekt für den Terrorismus stellen die Opfer der Gewalt dar. Diese sind in der Regel unbeteiligte Zivilisten, die dem Gewaltakt nach dem Zufallsprinzip ausgesetzt sind. Die Genfer Konvention sowie wissenschaftliche Literatur unterscheidet die Opfer in Kombattanten und Nichtkombattanten, um den Terrorismus vom Guerillakampf abzugrenzen. Beide Formen der politischen Gewalt zeichnen sich allerdings durch die irregulären bzw. asymmetrischen Kampfkonstellationen aus (Whittaker, 2003). Terroristen bemühen sich um eine Rechtfertigung ihrer gewaltsamen Handlungen als nicht-terroristische Taten, indem sie den Status ihrer Opfer als Kombattanten oder Militante interpretieren. Im israelisch-palästinensischen Konflikt rechtfertigen beide Konfliktparteien die eigene Gewalt damit, dass die Opfer

14 Tilly und Tarrow zählen dazu den Terrorismus radikaler jüdischer Siedler. Staatsterrorismus wird hier nicht explizit benannt oder berücksichtigt, da sie sich vorrangig mit der Forschung sozialer Bewegungen beschäftigen.

selber bewaffnet und militant seien, und somit eine Gefahr darstellen (Fletcher, 2006). Inwiefern schutzbedürftige Nichtkombattanten als legitime Ziele militärischer Aktionen gelten und unter welchen Umständen sie den völkerrechtlichen Schutz verlieren, hängt allerdings von der Interpretation des Ersten Protokolls der Genfer Konvention vom Jahr 1977 ab. Hier ist die Interpretation der Phrase „direkte Beteiligung an feindliche[n] Aktivitäten“¹⁵ relevant, denn laut der Genfer Konvention stellen selbst die unbewaffneten Soldaten bzw. Anhänger einer militanten Gruppe in einer friedlichen Situation keine legitimen Tötungsziele dar.¹⁶ So muss die konkrete Beschaffenheit der feindseligen Aktivitäten des Gegners im Rahmen des israelisch-palästinensischen Konflikts ausformuliert werden.

d) Zielgruppe

Die Zielgruppe des Terrorakts ist von den unmittelbaren Opfern zu unterscheiden. Die tatsächlichen Opfer eines Anschlags gehören in vielen Fällen zu den Nichtkombattanten. Die Zielgruppe der terroristischen Kommunikationsstrategie ist für die jeweiligen Terroristen hingegen die Gruppe der Bewahrer des Status quo, seien es Entscheidungsträger, einflussreiche Führer oder das gesamtgesellschaftliche Establishment. Für palästinensische Täter richtet sich die politische Botschaft demzufolge an die israelischen Politiker als Bewahrer des Status quo. Im Staatsterrorismus sind die palästinensischen Meinungsführer bzw. Multiplikatoren innerhalb der palästinensischen Zielgruppe als Bewahrer des Status quo. Als populäre Persönlichkeiten halten sie nicht unbedingt eine offizielle Position inne, verfügen jedoch über erhebliche Mobilisierungskraft und moralischen Einfluss in ihrer Gemeinschaft.

e) Planung bzw. Organisation

Planung ist ein zentraler Aspekt des Terrorismus. Terrorismusakte, vor allem solche aus dem Untergrund, werden planmäßig und kalkuliert durchgeführt. Terrorismus kann auch die bloße Androhung von Gewalt einschließen, sofern entsprechende Vorbereitungen für die Ausführung getroffen wurden (Fletcher, 2006, S. 907–908). Dieses Merkmal schließt zum Beispiel den spontanen Ausbruch von Gewalt, etwa bei Demonstrationen, aus. Zur Unterscheidung von Gewaltformen nutzt della Porta das Kriterium Organisationsgrad der Täter in ihrer Typologie der

15 Eigene Übersetzung ins Deutsche. Der englische Originaltext lautet ‚taking direct part in hostilities‘. The Geneva Convention of August 1949. Online verfügbar: <http://www.icrc.org/eng/war-and-law/treaties-customary-law/geneva-conventions/index.jsp>.

16 Um eine Verletzung der Genfer Konvention zu vermeiden, hat das US-amerikanische Oberste Gericht beispielsweise eigens den Begriff „illegale Kombattanten“ („unlawful combatants“) geschaffen, um den Status Militanter nach ihrer Gefangenschaft im Anti-Terror-Kampf zu definieren. So sind die USA nicht gezwungen, diese als Kriegsgefangene zu behandeln (Musolff, 2006, S. 303–319).

politischen Gewalt (della Porta, 2009). Ausschreitungen bei Krawallen oder Protestveranstaltungen sind beispielsweise aus dieser Definition ausgeschlossen, weil sie spontan geschehen und daher nicht dem geplanten Terrorismus zuzuordnen sind. Eine weitere Frage in der Literatur ist, ob ein individuell handelnder Täter als Terrorist oder als Krimineller einzuordnen ist oder ob er einer organisierten Gruppe angehören muss (Fletcher, 2006, S. 907–908).

f) Legalität

Einige Terrorismusdefinitionen konzentrieren sich auf den illegalen Gebrauch von Gewalt, wie z. B. die Definition des US-amerikanischen Bundeskriminalamtes (Federal Bureau of Investigation FBI, 2012).¹⁷ Dies verlagert den Terrorismus in einen kriminellen Bereich, was insbesondere den staatlichen Institutionen in ihrem Umgang mit der terroristischen Gewalt dient (Schubert, 2006, S. 124–125). Da Staaten diejenigen Instanzen sind, die die Gesetze verabschieden, beeinflussen sie die rechtliche Einordnung politischer Gewalt und bestimmen, inwiefern gewalttätige Akte dem Terrorismus zuzuordnen sind und wie sie strafrechtlich verfolgt werden können. Im israelisch-palästinensischen Konflikt ist dieser Definitionsaspekt daher nicht sehr hilfreich, da eine Asymmetrie im rechtlichen Status beider Konfliktparteien besteht. Die politischen und historischen Gegebenheiten geben Israel einen Vorteil, da es als Staat Gesetze verabschieden kann, während die Palästinenser ohne Staat dies nicht auf Augenhöhe tun können.

h) Rechtmäßigkeit bzw. Legitimität

Die Legitimität bedeutet „die Anerkennung der Herrschafts- und Autoritätsbeziehung als verbindlich und vorbildlich mit der Folge, dass in diesem Sinne etablierte und anerkannte Herrschaftsverhältnisse in der Regel als recht stabil angesehen werden können“ (Müller 2007, S. 122). Für die Herrschenden stellt der Untergrundterrorismus ein abweichendes Verhalten dar, das den kollektiven Konsens über akzeptable Formen der Gewalt bricht und gleichzeitig ein Angriff auf die legitime Ordnung ist (Perdue, 1988, S. 8). Daher gilt er als illegitime politische Gewalt. In einem Abgrenzungsversuch zwischen Terrorismus und Widerstandskampf soll zwischen den Begriffen Legitimität und Legalität unterschieden werden. Legitimität besteht in den Grundlagen der existierenden politischen Ordnung, die die Bürger akzeptieren und an die sie sich halten. Legalität dagegen ist der Grad der Übereinstimmung zwischen der Gesetzgebung und den Handlungen der Regierung oder der Bürger. Eine Herrschaft kann demnach legal sein, da sie durch die Gesetzgebung zustande gekommen ist und sich gemäß der Gesetze verhält, aber gleichzeitig illegitim sein, weil sie von den Bürgern abgelehnt wird, da sie nicht zu deren

17 Das amerikanische Federal Bureau for Investigations FBI nutzt die Formulierung: “the unlawful use of force or violence against persons or property to intimidate or coerce a government, the civilian population, or any segment thereof in furtherance of political or social objectives.” Online verfügbar: <http://www.fbi.gov/albuquerque/about-us/what-we-investigate>. Zugegriffen: 12.10.2012.

Erwartungen oder Wertvorstellungen passt (Obaidat, 2007). Da bei der palästinensischen Bevölkerung der Glaube an die Rechtmäßigkeit des israelischen Staats fehlt, argumentieren die arabischen Wissenschaftler, dass die Gewaltakte eine Fremdherrschaft bzw. ein illegitimes Regime herausfordern. Dementsprechend wären sie nicht als Untergrundterrorismus sondern als Widerstand einzustufen. Wie bei der Theorie des gerechten Krieges werden Kollateralschäden, z. B. schwere Menschenrechtsverletzungen, für ein höheres Ziel in Kauf genommen. Die kritische Terrorismusforschung unterscheidet deshalb zwischen einem legitimen und einem illegitimen Terrorismus je nach Beschaffenheit des herausgeforderten Staats, d. h. ob die Anschläge gegen ein Unrechtsregime oder gegen eine Demokratie gerichtet sind (O'Brien, 1988, S. 190). Die Terroristen rechtfertigen aus ihrer Perspektive die Gewalt auf Zivilisten, indem sie die Unausweichlichkeit der Gewalt, den Mangel an Alternativen oder die politische Zielsetzung hervorheben. Dabei wird eine doppelte Argumentationsstrategie angewandt, die einerseits die gegnerische Konfliktpartei dehumanisiert und gleichzeitig das legitime Ziel der eigenen Gewalt in den Mittelpunkt rückt (Tuman, 2003, 5).

Tabelle 2.1. veranschaulicht vergleichbare Formen der politischen Gewalt und ordnet sie nach ihrer Legitimität. Werden im bewaffneten Befreiungskampf illegitime Mittel eingesetzt, so kann er sich nach diesem Prinzip zu Terrorismus entwickeln. Das gleiche Prinzip gilt für das Recht auf Selbstverteidigung, das sich in einen Staatsterrorismus entwickeln kann. Selbst ein gerechter Krieg (*ius ad bellum*) kann unrechtmäßig sein, wenn das Recht im Krieg (*ius in bello*), vor allem die Rechte der Nichtkombattanten oder Geiseln, nicht beachtet werden.

Tabelle 2.1. Legitime und illegitime Formen der politischen Gewalt

Legitime politische Gewalt	Illegitime politische Gewalt
Selbstverteidigung	Staatsterrorismus
Gerechter Krieg	Kriegsverbrechen

Die Frage nach der Legitimität eines terroristischen Aktes knüpft an das Verhältnis zwischen Terrorismus und Moral an. Die Philosophie beschäftigt sich schon seit langem mit dem Verhältnis zwischen Moral und Schädigung von Zivilisten. Primoratz und Meßelken (2011) erstellten in ihrer Typologie vier Argumentationslinien in dem der Verurteilung des Terrorismus. Die erste Argumentation rechtfertigt den Terrorismus, indem die Unschuld der Opfer abgestritten wird; die zweite verurteilt die terroristische Gewalt anhand ihrer Folgen (konsequenzialistisches Argument); die dritte Sichtweise verurteilt grundsätzlich keinen Terrorismus, weil dieser eine unvermeidbare Menschenrechtsverletzung für ein höheres Ziel darstellt, und die vierte vertritt schließlich eine absolute Ablehnung des Terrorismus. In seiner Untersuchung zum Terrorismus und Ethik des Krieges orientiert sich Nathanson an dem Prinzip der Immunität von Nichtkombattanten und Zivilisten. Der Terrorismus sei nicht die einzige moralisch zu verurteilende

politische Gewalt. Bei anderen Gewaltakten, wie Bombardierung von Städten, bestehe eine hohe Wahrscheinlichkeit für die Ermordung von Zivilisten, was gegen das Prinzip der Immunität verstieße. Selbst die Theorie eines gerechten Kriegs, welche die Tötung von Zivilisten grundsätzlich verbiete, dulde sogenannte Kollateralschäden (Nathanson, 2010, S. 77). Dies bezieht sich auf die U.S.-amerikanischen militärischen Eingriffe im Nahen Osten. Ein ähnliches Konzept bieten die ethischen Mindestbedingungen legitimer Gewaltanwendung (Backe, 2009). Diese umfassen das Fehlen gewaltfreier Handlungsoptionen, das Prinzip der Schadensminimierung und die Verhältnismäßigkeit der Gewalt (Backe, 2009, S. 300; vgl. Primoratz, 2007, S. 267–289). D. h. allerdings nicht, dass mangelnde politische Handlungsoptionen die Gewalt rechtfertigen. Die Ausweglosigkeit kann lediglich beschreiben, warum einige Akteure die Menschenrechte in einem politischen Konflikt missachten. Da die Akteure staatlicher und sub-staatlicher terroristischer Gewalt in ihrer Rhetorik genau die oben genannten ethischen Mindestbedingungen zur Rechtfertigung ihrer Taten nutzen, herrscht ein großer Bedarf an Forschung zur Entscheidung über die Gewaltanwendung in politischen Konflikten. Sonst blieben die Einschätzung und die Rechtfertigung der Gewaltakte den Akteuren selbst überlassen. Dementsprechend soll sich die Wissenschaft mit der Einordnung der politischen Gewalt in den weltweit besetzten Gebieten beschäftigen, was ein großes Potenzial für eine langfristig friedliche und nachhaltige Lösung internationaler Konflikte birgt. Diese Fragen werden nachfolgend zur Differenzierung von Terrorismus und Freiheitskampf einerseits (Kapitel 2.1.3) und dem gerechten Krieg andererseits (Kapitel 2.1.4) abgehandelt.

g) Täter / Akteure

Die Debatte um die Akteure weist in der Literatur zwei Argumentationslinien auf. Die erste Richtung blendet die Verbindung zwischen Terrorismus und Staat aus und fokussiert auf den oppositionellen bzw. rebellischen Untergrundterrorismus, bei dem ein nichtstaatlicher Akteur Gewalt gegen den Staat, inklusive seiner militärischen Einrichtungen, seiner Funktionäre oder Funktionen einsetzt (Selden und So, 2004, S. 4). Ein Großteil der Terrorismusforschung ordnet den Terrorismus privaten oder nichtstaatlichen Akteuren zu („Terrorismus von unten“), deren Taten Untergrundcharakter haben. Gewalt sei die Botschaft des Schwächeren, welche den Stärkeren, also den Staat, herausfordern soll. In Standardwerken der Terrorismusforschung wird der Staat als Akteur ausdrücklich ausgeschlossen. So betont eine gängige Definition den substaatlichen Charakter des Terrorismus (Waldmann, 2005, S. 13):

„Terrorismus ist die bevorzugte Kampfstrategie relativ kleiner und ‚schwacher‘ Gewaltverbände, er stellt die Extremform dessen dar, was in der neueren Literatur als asymmetrische Konfliktkonstellation bezeichnet wird. Terroristischen Gruppen fehlt es sowohl an der erforderlichen Kampfstärke als auch am notwendigen Rückhalt in der Bevölkerung, um ein Stück Territorium zu besetzen und der Staatsmacht offen Paroli bieten.“

Die Terrorismusdefinition, die den Terrorismus auf den Untergrund beschränkt, „versperrt“ allerdings die Möglichkeit, den Staat als möglichen Urheber von Terrorismus zu betrachten (Scheerer, 2006, S. 512). Die Exklusion des Staatsterrorismus aus dem öffentlichen Diskurs beweist die politische Instrumentalisierung des Themas Terrorismus zugunsten der politischen Elite (Guelke, 2006).

Dagegen erkennt die zweite Forschungsrichtung in der einschlägigen Terrorismusliteratur die Möglichkeit eines Staatsterrorismus an. So wird zwischen „Terror von oben“ und „Terrorismus von unten“ unterschieden (Hirschmann, 2003, S. 7). Da Regierungen immer häufiger zur Nutzung gewaltsamer Mittel gegen Zivilisten bereit sind, um die eigenen Interessen zu bewahren oder sich vor politischen Gegnern zu schützen, setzt sich diese zweite Forschungsrichtung durch. Der Staatsterrorismus gilt als „repressiver Terrorismus“ (Crenshaw, 1997, S. 130). Er wird wie folgt definiert (Imbusch, 2006, S. 494):

„Der Staatsterrorismus ist eine nach terroristischen Prinzipien ausgerichtete Gewalt von staatlichen Organen oder parastaatlichen Gruppierungen, die sich gegen vermeintliche oder reale Staatsfeinde richtet. ... [Staatsterrorismus ist als] eine Form illegitimer Gewaltausübung und Repression von Staaten zunächst gegen ihre eigenen Bevölkerungen zu bezeichnen, die jenseits demokratisch legitimierter Verfahren abläuft und zudem über den eigentlichen Gewaltakt hinaus zielt.“

Historische und empirische Belege zeigen, dass staatlich verübter Terrorismus aufgrund der institutionellen Anbindung und Reichweite der Staatsstrukturen mehr Opfer als Terrorakte durch nichtstaatliche Akteure verursacht. Beispiele dafür sind die nationalsozialistischen und stalinistischen Terrorregime, die lateinamerikanischen autoritären Regime und der staatlich beförderte internationale Terrorismus (Imbusch, 2006, S. 502–503).

Die Möglichkeit, Staaten als Urheber von Terrorismus zu betrachten, basiert auf zwei Argumenten: Erstens, soll das politische Herrschaftsverhältnis nicht als Kriterium für eine Terrorismusdefinition herangezogen werden. Staatsterrorismus und Untergrundterrorismus unterscheiden sich lediglich in der Beziehung der Täter zur Macht (Wittebols, 1991, S. 256). Staatsterrorismus ist institutionell, Untergrundterrorismus ist rebellisch. Entsprechend ist das Ziel des Ersteren die Erhaltung der Macht und des Status quo, dagegen Ziel des Letzteren die Herausforderung des Gewaltmonopols und die Veränderung der Machtstrukturen zu seinen Gunsten. Ausgehend von der Gleichwertigkeit aller Menschen und Völker ist aus philosophischer Sicht das „Neutralitätspostulat“ relevant (Meggle, 2005a). Er plädiert für eine moralisch-orientierte Beurteilung des gewaltsamen Verhaltens, ungeachtet seines Akteurs. Die Bewertung einer Tat solle nicht davon abhängen, *wer* sie begangen hat, sondern *was* begangen wurde (Meggle, 2005b, S. 15). Bei der Bewertung und Benennung der Gewalt soll daher eine moralisierende und nicht eine akteurzentrierte Beurteilung herangezogen werden. Die späte Entfaltung einer wissenschaftlichen Terrorismusdisziplin, die sich mit Staatsterrorismus beschäftigt, resultiere

aus der unbegründeten Akteurzentrierung in den Terrorismusdefinitionen und dem daraus folgenden politisch-parteiischen Scheitern, die staatlichen Formen des Terrorismus empirisch zu untersuchen (Jackson, 2008, S. 377–392).

Tabelle 2.2. Abgrenzung des Begriffs Terrorismus von benachbarten Begriffen

Gewaltform	Unterscheidungsmerkmal
Extremismus	Extremismus ist ein „Widerpart des demokratischen Verfassungsstaats“ (Jesse, 2009, S. 63–64), der Werte wie Pluralismus von Interessen nicht beachtet. Die Perspektive wird auf die eigene Weltanschauung verengt. Extremismus kann in rechts- oder linksorientierten sowie religiösen Strömungen präsent sein (Jesse, 2009, S. 64). Der Einsatz von Gewalt kommt nicht unbedingt bei extremistischen Gruppen vor.
Kriminalität	Terrorismus ist im Gegensatz zu reiner Kriminalität politisch motiviert. Die Täter verfolgen in der Regel keine eigennützigen Interessen. Eine Gemeinsamkeit beider Gewaltformen ist der Untergrundcharakter und geheime Organisationsstrukturen.
gewaltsame Demonstrationen, Krawalle	Gewalttätige Ausschreitungen bei Protesten sind in der Regel nicht geplant oder kalkuliert, sondern spontan. Daher sind sie nicht dem Terrorismus zuzuordnen.
Guerillakampf	Der Guerillakampf und der Untergrundterrorismus weisen ähnliche Kampfformen auf, da beide irreguläre Kampfformen sind. Der Guerillakrieg ist Teil eines Kriegs von geringer Intensität („low intensity war“; Diese Bezeichnung soll nicht implizieren, dass Kriege geringer Intensität auch eine geringe Zahl an Opfern haben. Imbusch, 2006, S. 508). Ein Guerillakrieg kann irredentistische Ziele haben. In der Regel richten sich die Angriffe gegen die militärische oder staatliche Infrastruktur des Gegners und werden aus dem Untergrund ausgeführt. Die Guerillakämpfer attackieren im Gegensatz zu Terroristen in der Regel keine Nichtkombattanten, auch wenn es Ausnahmen gibt (Primoratz und Meßelken, 2011, S. 144–145; weitere Ausführungen zum Guerillakrieg in Kapitel 2.1.3.).
Freiheitskampf/ Widerstandskampf	Beide Gewaltformen sind meist irregulär oder irredentistisch. Das politische Ziel des Widerstands ist in der Regel die Befreiung oder die Etablierung der Autonomie für eine nationale, religiöse oder ethnische Gruppe. Die Verteidigung des Selbstbestimmungsrechts mit militanten Mitteln ist im Völkerrecht verankert (s.u. Kapitel 2.1.3.).
Genozid	Die ethnische Säuberung oder Genozid ist die „erzwungene Vertreibung, um eine ethnisch gemischte Bevölkerung in einer Region oder einem Territorium zu homogenisieren. Die Vertreibung zielt auf die Evakuierung der meisten Bewohner durch gewaltsame oder gewaltfreie Maßnahmen, wie z. B. Ausweisung“ (Pappé, 2007, S. 2). Die Entvölkerung geschieht in einer Atmosphäre, die Vergeltung und Rache befördert. Terrorismus zielt dagegen auf eine Veränderung der Verhältnisse durch Abschreckung der Zielgruppe und die Provokation der Machthaber, nicht durch Vertreibung.
Kriegsverbrechen	Kriegsverbrechen verfolgen keine systematische, politische Zielsetzung, sondern dienen generell zur Abschreckung seitens der staatlichen oder paramilitärischen Streitkräfte. (Staats-)terrorismus kann dagegen als systematisch eingestuft werden (Herzog, 1991; s.u. Kapitel 2.1.4.)

Die Exklusion des Staatsterrorismus hatte gravierende politische und ethische Konsequenzen. Denn so werden im akademischen Diskurs nur bestimmte öffentliche Diskurse in der Innen- und Außenpolitik konstruiert und legitimiert. Diese Kritik entwickelte die Grundzüge einer kritischen Terrorismusforschung, die den staatlichen Terrorismus untersucht (vgl. Blakely, 2007, S. 228–232).

Das zweite Argument zur Untersuchung des Staatsterrorismus betont die Entwicklungen der politischen Geschichte, wo Staaten ähnlich wie substaatliche Gruppen Terrorismus ausüben können (Stohl und Lopez, 1984, S. 4). Generell beziehen historisch orientierte Definitionen des Terrorismus die staatsterroristischen Aktionen ein (Herzog, 1991, S. 23). Darauf weist sogar die etymologische Geschichte des Begriffs hin, nach der sich das Wort Terrorismus auf den Begriff ‚reigne de la terreur‘ zurückführen lässt. Die Terrorherrschaft bezeichnete die vom Establishment ausgeübte Gewaltherrschaft während der jakobinischen Ära in Frankreich Ende des 18. Jahrhunderts (Hoffmann, 2011, S. 259). Staaten senden dieselbe Botschaft aus, nämlich Zivilisten abzuschrecken, um eine politische Änderung zu bewirken. Es besteht also kein theoretischer Grund, warum der Staat als Täter von Terrorakten ausgeschlossen sein sollte. Für die vorliegende Studie ist es grundlegend, dass Terrorismus sowohl von substaatlichen als auch von staatlichen Akteuren eingesetzt werden kann. Dies unterstützt das theoretische und empirische Konstrukt, das das Framing von Untergrund- und Staatsterrorismus im israelisch-palästinensischen Konflikt in den Medien untersucht. Abschließend soll der Terrorismusbegriff von anderen benachbarten Formen politischer Gewalt abgegrenzt werden, wie in der Übersicht in Tabelle 2.2. erläutert wird.

Zusammenfassend lässt sich schließen, dass der Terrorismusbegriff sich durch verschiedene Aspekte operationalisieren lässt. Unter Terrorismus ist die Anwendung bzw. die Androhung illegitimer Gewalt zu verstehen, die sich gegen Nichtkombattanten richtet und ein politisches Ziel durchsetzen soll. Dabei muss zwischen Opfer und Zielgruppe unterschieden werden, denn die Opfer terroristischer Gewalt werden als Druckmittel gegen die Entscheidungsträger der politischen Zielgruppe genutzt. Die umstrittene Legitimität ist hier besonders relevant. Die Legitimität ist von der Legalität zu unterscheiden. Der Einsatz von Gewalt zur nationalen Befreiung kann illegal sein, erfüllt aber dennoch in der Wahrnehmung der unterdrückten Gruppe eine legitime Funktion. Umgekehrt kann die Legitimität der staatlichen Gewalt als sicherheitspolitisches Mittel von der Mehrheit der Bevölkerung nicht anerkannt sein. Weiterhin weist die kritische Terrorismusforschung darauf hin, dass es eine tatorientierte, keine akteurzentrierte Beurteilung der politischen Gewalt geben soll.

2.1.3. Untergrundterrorismus im Kontext des israelisch-palästinensischen Konflikts

Da Terrorismus und Freiheitskampf gemeinsame Merkmale, nämlich die Ausübung von Gewalt und die politische Zielsetzung, besitzen, werden sie oft gleichgesetzt. Dies kann zu einem Missbrauch des Begriffs Terrorismus führen, indem er zu eng oder zu weit gefasst wird. Eine zu enge Definition birgt die Gefahr, Formen des rechtmäßigen Widerstandskampfs als terroristische Gewalt einzubeziehen und ihn somit als Terrorismus zu diffamieren (Schneiders, 2006, S. 30–31). Auf der anderen Seite kann eine zu weite Definition durch Terroristen missbraucht werden, um die eigenen Taten als Freiheitskampf darzustellen. Deshalb werden im folgenden Abschnitt Kriterien zur Differenzierung zwischen Freiheitskampf und Untergrundterrorismus erarbeitet.

Die Unterscheidung zwischen Terrorismus und Freiheitskampf basiert auf der Abwägung der legitimen Rechte beider Konfliktparteien (Abb. 2.3.). Die Bevölkerung in besetzten Gebieten hat laut Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen ein Recht auf Selbstbestimmung. Der Widerstandskampf gegen Fremdherrschaft selbst mit militanten Mitteln ist völkerrechtlich gerechtfertigt und legitim. Diese Einschätzung stimmt auch mit der Erklärung der Länder der islamischen Konferenz (OIC) aus dem Jahr 2002 überein, die sich dagegen ausspricht, die Befreiungsversuche des palästinensischen Volkes mit Terrorismus in Verbindung zu setzen oder gar gleichzusetzen (Schneiders, 2006). Gleichzeitig hat aber auch die Bevölkerung der Besatzungsmacht ein Recht auf Leben, so dürfen die militanten Kämpfer die Menschenrechte der Nichtkombattanten nicht missachten. Bei der Ausübung des Rechts auf Selbstbestimmung darf das internationale Humanitäre Völkerrecht (also das Recht im Krieg) nicht vernachlässigt werden (Köchler, 1988, S. 311). Im Rahmen des israelisch-palästinensischen Konflikts gibt es zusätzlich geopolitische Besonderheiten, die bei der Einordnung der politischen Gewalt zu berücksichtigen sind. Bis dato hat Israel keine festen und international anerkannten Grenzen. Weiterhin ist der territoriale Status der besetzten palästinensischen Gebiete umstritten (besetzt/nicht besetzt). So erweist sich der Ort eines Anschlags als ausschlaggebendes Kriterium für die Beurteilung der palästinensischen Gewalt. Je nach Anschlagsort wird unterschieden, ob die Gewaltakte in den im Juni-Krieg 1967 besetzten Gebieten oder im historischen Palästina bzw. im heutigen Kernland Israels stattgefunden hat.

Aus der oben angeführten Unterscheidung zwischen Legalität und Legitimität kann abgeleitet werden, dass einige Formen der politischen Gewalt völkerrechtlich zwar legitim, aber dennoch illegal sind, wenn sie den Gesetzen widersprechen. In einer Studie zur Motivation der palästinensischen Selbstmordattentäter wird die Nutzung der terroristischen Gewalt damit gerechtfertigt, dass es keine saubere Abgrenzung zum Widerstandskampf gäbe (Schneiders, 2006, S. 34). Diese Ergebnisse verdeutlichen das Konzept der doppelseitigen Narrative aus israelischer und palästinensischer Sicht. Für das besetzte Volk existieren politische Organisationen, die die nationale Befreiung anstreben, und die unter anderem für Lobbying, Finanzierung, Rekrutierung und Mobilisierung zuständig sind. Aus der Perspektive des angegriffenen Staates, in diesem Falle Israel, sind es illegale Organisationen, die aus militanten Kämpfern bestehen (Crenshaw, 2007, S. 141). Abgesehen von dem legalen Status müsste das Recht auf Leben als Menschenrecht für alle Konfliktparteien unantastbar sein.

Weitere Unterscheidungskriterien zwischen Befreiungskampf und Terrorismus sind das nationale Zugehörigkeitsgefühl und die Identität des Feindes (Obaidat, 2007). Der Widerstandskampf richtet sich in der Regel nicht gegen die eigene politische Ordnung bzw. Regierung oder das eigene Volk. Da die palästinensischen Gewalttäter die Angriffe gegen israelische Ziele oder sogenannte Kollaborateure richten, gilt die Gewalt – nach ihrer Auffassung – nicht als Terrorismus, da sie sich gegen eine Fremdherrschaft richtet. Im Unterschied zu Terroristen in anderen

politischen Zusammenhängen fehlt es also den Akteuren palästinensischer Gewalt nicht an Rückhalt in der eigenen Bevölkerung (vgl. Waldmann, 2005, S. 13).

In ihrer Selbstwahrnehmung sind die palästinensischen Gewaltakteure Guerilleros, die für die nationale Befreiung kämpfen. Guerillas sind militante Gruppierungen, die nicht als Armee institutionalisiert sind, sondern vorwiegend im Untergrund operieren. Ein Guerillakrieg ist meist ein „Dauerkrieg“, der mit kleinen Gruppen und geringen Ressourcen durchführbar ist (Primoratz und Meßelken, 2011, S. 147). Das entscheidende Element eines Guerillakrieges ist der „Kampf aus dem Hinterhalt“ sowie die Nutzung von Überraschungsangriffen als Strategie (Crenshaw, 2007, S. 145). In dem asymmetrischen Konflikt vermeiden die meist kleinen Guerillaeinheiten einen offenen Konflikt mit den regulären Streitkräften. Ihre Hauptaufgabe besteht in der Zerstörung und der Schwächung der militärischen Infrastruktur des Gegners (Crenshaw, 2007, S. 145). Die Guerilleros verfügen über die Ortskenntnis und sind Teil der Bevölkerung, die sie in der Regel nicht angreifen (Primoratz und Meßelken, 2011, S. 144-147). Häufig versuchen sie, an das Leid ihres Volks zu erinnern und dadurch öffentliche Unterstützung zu finden. Dementsprechend beschreibt der Begriff ‚Krieg geringer Intensität‘ einige palästinensische Gewaltformen im israelisch-palästinensischen Kontext genauer.

Aus der vorangegangenen Diskussion der legitimen Rechte der Konfliktparteien wurden Kriterien für den palästinensischen Freiheitskampf herausgearbeitet, die aus moralischer Sicht bei militanten Operationen beachtet werden müssten:

- die Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten,
- keine willkürlichen Formen der Gewalt, die den Tod bzw. die Verletzung von Nichtkombattanten riskieren (z. B. Minen oder Selbstmordattentate).
- der Irredentismus, d. h. eine territoriale Ausdehnung, die auf ethnischer, nationaler oder historischer Begründung basiert (Ambrosio, 2000, S. 1–5). Die Gewalt soll dem politischen Ziel der Unabhängigkeit oder der Autonomie zu einem bestimmten geographischen Gebiet dienen.

Verstoßen die palästinensischen Angriffe gegen diese Kriterien, so werden sie aus moralisch-philosophischer Perspektive als Terrorismus bewertet. Daraus folgt nicht, dass jeder palästinensische Gewaltakt dem Terrorismus zuzuordnen ist; manchmal werden jedoch terroristische Mittel im Kampf eingesetzt. Die extremen gewaltsamen Mittel verwandeln den Freiheitskampf in Terrorismus entsprechend Abb. 2.2. zur Unterscheidung zwischen Extremismus der Mittel und der Zielsetzungen. Diese Schlussfolgerung würde bei einem arabischen Publikum auf Ablehnung stoßen, da das Label Terrorismus für palästinensische Gewaltakte grundsätzlich nicht akzeptiert wird, es sei denn, die Opfer sind Ägypter. Die erwähnten ethischen Mindestbedingungen, wie Notwendigkeit der Gewalt oder Ziel der Schadenminimierung, werden zur Rechtfertigung der palästinensischen politischen Gewalt herangezogen. In der arabischen Öffentlichkeit wird oft den Israelis der Zivilisten-Status auf-

grund des obligatorischen Wehrdiensts abgesprochen, um sie als legitime Ziele darzustellen. Zusätzlich rechtfertigt ein realpolitischer Diskurs die terroristische Gewalt, wenn arabische Politiker sich in ihrer Argumentation von den aktuellen politischen Interessen und den Einstellungen in der politischen Kultur ihrer Bevölkerung leiten lassen. Beispielsweise verurteilte Arafat in den neunziger Jahren die palästinensischen Anschläge im Kernland Israels. Nach Abbruch der Camp-David-Verhandlungen und Ausbruch der Zweiten Intifada im Jahr 2000 wurden jedoch ähnliche Anschläge während der Zweiten Intifada als Märtyreroperationen begrüßt. Dies wiederum knüpft an den erwähnten Rückhalt in der eigenen Bevölkerung gegen den fremden Besatzer an. Nachdem zwischen den Begriffen Terrorismus und Befreiungskampf unterschieden wurde, wird im Folgenden zwischen den Termini Staatsterrorismus und Krieg im Kontext des israelisch-palästinensischen Konflikts differenziert.

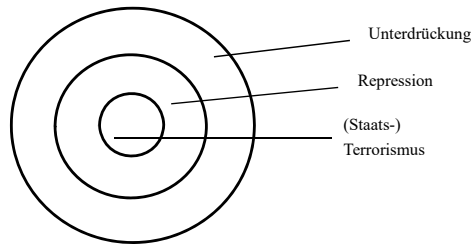
2.1.4. Staatsterrorismus im Kontext des israelisch-palästinensischen Konflikts

Im Unterschied zum Untergrundterrorismus ist der Forschungsstand zum Staatsterrorismus derzeit noch unterentwickelt (Blakely, 2007; Jackson, 2008; Stohl und Lopez, 1984, S. 183–190). Im Folgenden soll der Begriff Staatsterrorismus vor dem Hintergrund der staatlichen Gewalt ausführlich erläutert werden. Anschließend wird die politische Gewalt in den Kontext des israelisch-palästinensischen Konflikts eingebettet.

Grundsätzlich ist das staatliche Gewaltmonopol zur Herstellung von politischer Ordnung und Sicherheit legitim. Laut der klassischen Staatsdefinition ist das Gewaltmonopol ein besonderes Merkmal des staatlichen Verwaltungsapparates. Der Staat ist nämlich „diejenige menschliche Gemeinschaft, welche innerhalb eines bestimmten Gebietes das Monopol legitimer physischer Gewalt für sich beansprucht“ (Müller, 2007, S. 137). Die physische Gewaltsamkeit des Staats wird durch die Verwaltungsstrukturen organisiert, um im Idealfall für die Bewahrung von Recht, Ordnung und Sicherheit zu sorgen. Denemark und Lehman (1984, S. 147) grenzen den Staatsterrorismus von anderen Arten staatlicher politischer Gewalt (Abb. 2.3.). Der Staatsterrorismus wäre demzufolge eine zugespitzte Form der Repression, und steht im Zentrum der konzentrischen Kreise. In diesem Zusammenhang bedeutet Repression die „Verweigerung von Freiheits- und Partizipationsrechten“ sowie die systematische und strukturelle Unterdrückung der Bürger in einem Staat. Der Staatsterrorismus ist eine absichtliche Handlung, mit dem Ziel, einem Individuum oder einer Gruppe Schaden zuzufügen und damit eine Verhaltensänderung anderer Individuen und Gruppen oder deren Abschreckung zu bewirken (Denemark und Lehman, 1984, S. 147). Der staatliche Akteur setzt illegitime Mittel der politischen Gewalt ein, um durch das Erregen von Furcht und Schrecken sein politisches Ziel zu erreichen. Ähnlich wie beim Untergrundterrorismus umfassen die Ziel entweder die Mobilisierung der Öffentlich-

keit gegen substaatliche Gewalttäter oder die Immobilisierung der Akteure zugunsten des herrschenden Regimes. So stellt sich die Frage, inwiefern der Staatsterrorismus den Untergrundterroristen moralisch überlegen sei, wenn er auf ähnliche Methoden greift (Asad, 2007, S. 23).

Abb. 2.3. Formen staatlicher Unterdrückung nach Denmark und Lehman (1984, S. 147)



Die Literatur zum Staatsterrorismus unterscheidet zwischen einem staatlich geführten Terrorismus und einem staatlich tolerierten Terrorismus. Im ersten Fall sind die staatlichen Täter direkt institutionell mit dem Staat gebunden, und umfassen meist Sicherheitsorganisationen wie Militär, Polizei oder regimenahe Strukturen, die die terroristischen Taten durchführen (Stohl und Lopez, 1984, S. 63; Ron, 2003, S. xi; Imbusch, 2006, S. 503; Conteh-Morgan, 2004, S. 261). Handlungen wie willkürliche Verhaftung, Verschleppung, Folter und Mord zählen nach Lopez zum Staatsterrorismus (Lopez, 1984, S. 70; siehe Tabelle 2.3.). Weitere Formen staatlicher Gewalt umfassen auch die politische, ethnische, nationale oder rassistische Umgestaltung einer Gesellschaft mit der Absicht, ganze Bevölkerungsgruppen auszugrenzen, zu vertreiben oder auszulöschen (Hippler, 2006, S. 65).

Da der Begriff Staatsterrorismus als Label für illegitime Gewalt steht, ist es wichtig zu unterscheiden, wann das legitime staatliche Gewaltmonopol in einem demokratischen System sich in eine illegitime Staatsgewalt verwandelt. Der Begriff wird im politischen und medialen Sprachgebrauch selten auf Demokratien, sondern eher auf autoritäre Regime oder auf die von den USA sogenannten „Schurkenstaaten“ angewandt. Im wissenschaftlichen Diskurs hängt die Einstufung staatlicher politischer Gewalt ebenso oft vom Herrschaftstyp (vgl. Beermann, 2004, S. 114) und nicht von den ausgeübten gewaltsamen Taten ab. Diese Annahme stammt aus der akteurzentrierten klassischen Terrorismusforschung. Diese nimmt an, dass nur Diktaturen und keine demokratische Systeme Staatsterrorismus ausüben. Die staatliche Gewalt wird erst als illegitim bewertet, wenn sie eine Terrorherrschaft durch Furcht und Schrecken aufrechterhalten will (Perdue, 1988, S. 19). Laut dieser Argumentation sind Demokratien bei der Anwendung staatlicher Gewalt gegen die eigenen Bürger mit einem Dilemma konfrontiert: aufgrund des

demokratischen Herrschaftstyps hängt die Durchführung der Gewalt von der öffentlichen Akzeptanz ab (Crenshaw, 1997, S. 206–208). Demokratien stehen also unter einem größeren Druck, ihre Gewalttaten öffentlich zu rechtfertigen. Da in die Öffentlichkeit die eigenen Werte wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit nicht angetastet werden, um einen Verlust der Popularität und der Legitimität nicht zu riskieren. Doch gerade bei demokratischen Systeme scheint der Einsatz staatlicher Gewalt auf dem eigenen Territorium untererforscht zu sein: die polizeilichen und sicherheitspolitischen Bekämpfungsmethoden von Demonstrationen und Protesten sind beispielsweise nicht ausreichend geforscht (della Porta und Reiter, 1998b, S. 4). Obwohl der Begriff Staatsterrorismus von ihnen nicht benutzt wird, bieten della Porta und Reiter Zugänge für die theoretische Typologisierung staatlicher, repressiver Aktionen (meist durch die Polizei) an.

Tabelle 2.3. Formen des Staatsterrorismus nach Lopez (1984, S. 70)

Alternative Techniken zur Ausübung von Terror durch den Staat
Informationskontrolle
- Überwachung von Personen
- Anlage/Fälschung von persönlichen Dokumenten oder Akten
- Pressezensur
- „Denkreform“ (im Sinne der Beeinflussung der öffentlichen Meinung)
Gesetzgebung/ Legale Mittel
- Legalisierung eines Diskriminierungsgesetzes
- Ausweisung / Exilierung
- Kein Schutz vor Verbrechen oder Terrorisierung durch andere Bürger
- Willkürliche Festnahmen
Wirtschaftliche Zwangsmittel
- Wirtschaftliche Diskriminierung / Benachteiligung
- Erpressung / Bestechung
direkte Bedrohung
- Direkte Angriffe (Prügel, Bombenanschläge auf Haus oder Arbeit, Briefbomben)
- Entführung / Verschleppung
- Bedrohung von Familienangehörigen
- Folter und Verhör durch staatliche Institutionen

Knüpft man die vorangegangene Diskussion zum Staatsterrorismus an den israelisch-palästinensischen Konflikt an, so wird ersichtlich, dass man zwischen israelischer Staatsgewalt gegenüber Israelis einerseits und Palästinensern andererseits differenzieren soll. Entscheidend ist die Tatsache, dass die Palästinenser – als nicht-israelische Staatsbürger – für die innenpolitischen demokratischen Prozesse im israelischen Staat irrelevant sind. Das Konzept Doppelhelix-

Narrativ in der Deutung des israelisch-palästinensischen Konflikts ist relevant. Je nach Perspektive kann die staatliche Gewalt entweder als Repression oder als legales Mittel zur Sicherung von Recht und Ordnung gedeutet werden (della Porta und Reiter, 1998b, S. 1). Handelt es sich also bei der israelischen Staatsgewalt gegen die Palästinenser um einen gerechten Krieg oder um Besatzungsgewalt (Asad, 2007, S. 23)? Hier ist die Perspektive der Zielgruppe der israelischen Gewalt zentral bei der Benennung der gegen sie gerichteten Gewalt. Der Begriff Staatsterrorismus stammt somit aus der Perspektive der Palästinenser, die das Recht haben, die gegen sie verübte Gewalttat als Terrorismus einzuordnen. Das Argument, dass der Staatsterrorismus nur von Staaten verübt werden könne, die die Gewalt gegen die eigene Bevölkerung anwenden, messe mit zweierlei Maß. Entsprechend der tatorientierten Bewertung der Gewalt würden nach heutigen Maßstäben Formen kolonialer Repression als Staatsterrorismus betrachtet werden (Mamdani, 2004; Herzog, 1991, S. 101).

Diese Diskussion verdeutlicht den Einfluss politischer Entscheidungsmacht beim Labelling der Gewalttaten. Denn auf theoretischer Ebene findet eine systematische Exklusion von demokratischen Staaten als potentielle Urheber von Staatsterrorismus statt. Dies blendet existierende Formen illegitimer Gewalt aus, weil sie von legitimen Demokratien ausgeübt werden. Hier werden also Mittel und Formen der Herrschaft verwechselt. Diese Annahme basiert auf der Fehlwahrnehmung, dass ein innenpolitisch legitimer Akteur keine illegitimen Gewaltakte beginge. Ferner kann die Repression durch die Verabschiedung von Gesetzen legalisiert werden, auch wenn sie unrechtmäßig sind (Lopez, 1984, S. 64). Entsprechend der oben ausgeführten Unterscheidung zwischen Legalität und Legitimität kann ein Gewaltakt, der staatlich mit Hilfe eines Gesetzes legalisiert wurde, illegitim sein. Dies kann zu einem „unsichtbaren Staatsterrorismus“ (Jackson, 2008) führen, vor allem wenn die Staaten mit dem Legalisierungsmonopol die eigenen Gewaltaktionen selbst deuten und bewerten. Als Beispiel für einen übersehenen Fall des Staatsterrorismus wäre die Flugzeugentführung durch israelische Täter 1954 zu nennen, der aber in der klassischen Terrorismusliteratur komplett fehlt (Perdue, 1988; Pappé, 2007).

Dass Krieg nichts anderes sei, als die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, um der gegnerischen Konfliktpartei den eigenen Willen aufzuzwingen, gehört zu den mittlerweile berühmten Zitaten in der Politikwissenschaft (von Clausewitz, 1984). Doch Krieg und Terrorismus als Formen politischer Gewalt haben den Charakter der „Nötigung“ gemeinsam (Primoratz, 2007). Denn beide Gewaltformen wollen die gegnerische Partei zu einer bestimmten Handlung im Sinne des Gewaltakteurs zwingen. Ähnlich gilt also die Aussage, dass Terrorismus nichts anderes als die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sei, wobei jedoch „extreme Mittel“ angewandt werden (Conteh-Morgan, 2004, S. 258). Die Selbst- und Fremddeutung der Gewalt bestimmt den Grad der Stigmatisierung und die darauffolgenden politischen und medialen Diskurse, ob sie als Terrorismus, Befreiungskampf oder Krieg einzustufen ist. Dominiert beispielsweise die Deutung des Konflikts als Krieg, so passt sich die offizielle poli-

tische Kommunikation dem Kriegszustand an (Musloff, 2006, S. 303–319). Staaten konstruieren ein Modell der „patriotischen Semantik“, was sie automatisch in nationalen und internationalen Diskursen strukturell bevorzugt (Herman und O’Sullivan, 1990, S. 43–44). Die patriotische Sprache färbt die Wahrnehmung des Kriegs, was zu einer Polarisierung und zu einem Freund-Feind-Schema führt: die Taten des eigenen Staats werden positiv beschrieben, während dem wahrgenommenen Feind das Böse zugeschrieben wird (Herman und O’Sullivan, S. 43; Musloff, 2006, S. 308).

Selbst wenn Menschenrechtsverletzungen in beiden Gewalttypen, Krieg und Terrorismus, vorliegen, ist die moralische Verurteilung im Krieg milder und begünstigt in der Regel den Staat. Dies bedeutet, dass Terrorakte von substaatlichen Akteuren im Vergleich zu staatlich verübten Terrorakten härter beurteilt werden. Der Unterschied zwischen Krieg und Terrorismus ist die Verurteilung des „Exzesses“ im Krieg und der „Essenz“ im Terrorismus sei (Asad, 2007, S. 16).

Richtet sich die staatliche Gewalt nicht gegen die eigene Bevölkerung, sondern gegen eine fremde Bevölkerung, wird der Einsatz der staatlichen Gewalt nicht als Terrorismus, sondern als Krieg gedeutet. Mittlerweile werden Formen des klassischen Krieges, der zwischen den regulären Streitkräften zweier Staaten stattfindet als ein historisches „Auslaufmodell“ genannt (Meyers, 2008, S. 291). Stattdessen entstehen seit der Entkolonialisierungsphase der 1950er und 1960er Jahre zunehmend transnationale Kriege, in denen eine der Konfliktparteien ein nicht-staatlicher Akteur ist. In solchen asymmetrischen Kriegen wird der Staat meist diskursiv bevorzugt. Zu den Argumenten eines Kriegs gehören der Sieg über eine Diktatur, die Antwort auf eine Aggression oder die Befreiung der Völker (Selden und So, 2004, S. 13). Somit impliziert die Einordnung der staatlichen Gewaltform politische, kommunikative und legale Konsequenzen.

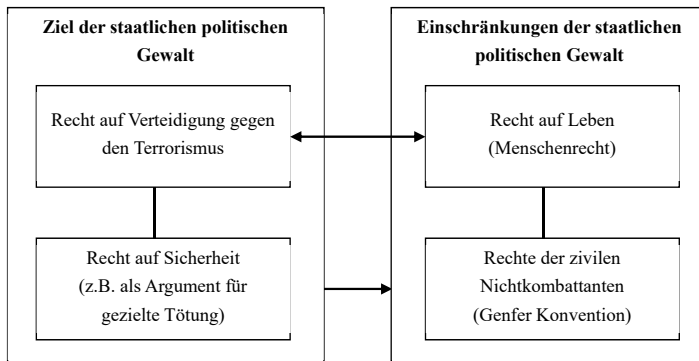
Im Unterschied zum Terrorismus sind Kriege völkerrechtlich durch die Prinzipien *ius ad bellum* und *ius in bello* geregelt (Sassöli, 2006, S. 977). Während der Handlungsspielraum im Krieg völkerrechtlich geregelt ist, ist der Terrorismus als anormales Verhalten kriminalisiert. Das Recht im Krieg (*ius ad bellum*) umfasst beispielsweise Regeln wie der Schutz der Verletzten und Kranken; der Schutz von Kriegsgefangenen und Zivilisten; Kriegsangriffe schonend wie möglich durchzuführen, so dass nur ein Mindestmaß an zivilen Opfern und Schäden entsteht; Respekt des Personals mit humanitären und friedensbewahrenden Aufgaben; die Beachtung von Rechten und Aufgaben neutraler oder nicht am Krieg beteiligter Staaten sowie diverse Einschränkungen der Nutzung bestimmter Waffen (Roberts, 2003, S. 66). Weiterhin unterscheidet das Völkerrecht zwischen Soldaten in einem kriegerischen Einsatz und Soldaten, die nicht im Einsatz sind (Fletcher, 2006). In beiden Formen der Gewalt fallen Opfer. Dabei basiert die Differenzierung zwischen Staatsterrorismus und Krieg auf dem Status der Opfer: während im Krieg eher militärische Ziele angegriffen werden, bilden sie beim Staatsterrorismus mehrheitlich Zivilisten (Selden und So, 2004, S. 13). Die Militärgewalt gilt in bestimmten Fäl-

len als Kriegsverbrechen. Beispielsweise schlug das US-amerikanische Pentagon vor dem Irakkrieg vor, bestimmte Gewaltformen als Kriegsverbrechen anzuerkennen. Diese umfassen die absichtliche Tötung von besonders zu schützenden Personen (wie Diplomaten und Journalisten), Angriffe auf Zivilisten oder geschütztes Eigentum, Plünderung, Geiselnahme und Nutzung von biochemischen Waffen oder ähnlichen Stoffen („The Pentagon releases“ 2003). Neue Formen militärischer Gewalt, die auf der fortgeschrittenen Waffentechnologie wie die „außergerichtlichen Tötungen“ (targeted killings) basieren, werfen Fragen nach dem Legitimitätsgrad der Gewalt sowie die Menschenrechte der Opfer auf. Solche Operationen erfolgen, wie terroristische Anschläge, meist aus dem Hinterhalt und verstoßen gegen das internationale Kriegsrecht (Sassòli, 2006, S. 977). Außerdem sind die Trennlinien zwischen Krieg, Staatsterrorismus und Genozid völkerrechtlich noch unklar (Selden und So, 2004, S. 14; Perdue, S. 1988). Oft greift das internationale Völkerrecht zur Regelung von Kriegen also nicht, da sein Geltungsbereich nicht ausdrücklich für die außergerichtlichen Tötungen definiert ist. Im israelisch-palästinensischen Konflikt sind zusätzlich zwei Fakten zu beachten: *erstens* gilt völkerrechtlich der Status der palästinensischen Westbank und des Gazastreifens seit dem Juni-Krieg 1967 als „besetzte Gebiete“ (Flores, 2009, S. 68-69). *Zweitens* existiert kein palästinensischer Staat und daher auch keine reguläre Streitkraft im Sinne einer „organisierten militärischen Gewalt“, also keine Institution, die ein Gewaltmonopol behaupten oder sich an dem Konflikt beteiligen kann (Meyers, 2008, S. 290). Die Asymmetrie in der gesetzlichen Beschreibung beider Konfliktparteien führt dazu, dass der Staat Israel ‚Kriegsoperationen‘ durchführt, die palästinensischen nicht-staatlichen Akteure dagegen ‚Terrorismusakte‘ verüben. Dazu zögern die Regierungen, den Begriff ‚Krieg‘ mit Gewalt substaatlicher Akteure zu assoziieren, weil dies sonst den Eindruck erweckt, dass die substaatlichen Akteure als Kombattanten dem Kriegsrecht unterliegen. Staaten bevorzugen deshalb, die substaatlichen Akteure als Terroristen zu bezeichnen (Guelke, 2006, S. 17). Würde ein Staat einen Krieg gegen Terroristen erklären, so wären sie als Kriegsbeteiligte zu behandeln, was wiederum die rechtlichen Rahmenbedingungen des bewaffneten Kampfes brächte (Sassòli, 2006, S. 962). Die von staatlichen Akteuren eingesetzte Gewalt steigt proportional mit dem Grad der Unsicherheit, die der Staat verspürt. Regime neigen bei externen Sicherheitsrisiken dazu, mehr Gewalt anzuwenden (Conteh-Morgan, 2004, S. 262). Entsprechend zeigt der Vergleich empirischer Daten, dass Israel in seinem Einsatz staatlicher Gewalt nicht gleich, sondern geographisch spezifisch auf unterschiedliche Sicherheitsdrohungen reagiert. Je stärker Israel ein Territorium kontrolliert, desto weniger dramatisch sind seine eingesetzten Zwangsmaßnahmen. Die Gewaltmittel bleiben in diesem Fall auf dem Niveau polizeilicher, wenn auch harter Repression, militärische Akteure werden nicht mit einbezogen (Ron, 2003, S. 2). Zusätzlich konstruiert die seit 2001 herrschende War on Terror-Doktrin die staatliche Gewalt als Selbstverteidigung und rechtfertigt die menschlichen Opfer und Sachschäden auf der gegnerischen Seite (Miller und Sabir, 2012, S. 77; Ben Yehuda, 2005, S. 34). Das

Einbeziehen der Kriegsperspektive bedeutet, dass terroristische Akte unter Einbezug der asymmetrischen Konfliktkonstellation neu zu bewerten sind. Stellen wiederholte Terrorakte eine Situation eines bewaffneten Konflikts dar, dann soll das Kriegsrecht eingesetzt werden (Fletcher, 2006, S. 897). Im Zuge der intensiven Globalisierung vervielfachen sich die Rechtsquellen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Dadurch entstanden für die Staaten zunehmend rechtliche Inkongruenzen, da die Quellen des Rechts zunehmend Organisationen supranationaler Art unterliegen, wie der UNO (Niesen, 2009, S. 269). Diese Situation überfordert das internationale Völkerrecht, das hinsichtlich des diffusen Status des Terrorismus eine „legale Lücke“ aufweist (Fletcher, 2006, S. 896).

Ausgehend vom dem Doppelhelix-Narrativ im israelisch-palästinensischen Konflikt bezeichnen sich beide Konfliktparteien gegenseitig als Terroristen. Dies weist nicht nur auf einen bloßen „semantischen Kampf“ hin (Lopez, 1984, S. 74), sondern zeigt einen Kampf um Legitimität. Israel und Palästina instrumentalisieren jeweils den Begriff der Souveränität und beziehen sich jeweils auf unterschiedliche Quellen der Legitimität: einerseits weist die Souveränität auf die „Autonomie der politischen Entscheidungsgewalt innerhalb eines Territoriums“ hin, was die Durchsetzungskraft der politischen Entscheidungen voraussetzt (Niesen, 2009, S. 266). Somit wäre Israel souverän, die eigene politische Gewalt als Selbstverteidigung gegen den Terror darzustellen. Andererseits impliziert der Begriff Volkssouveränität für die Palästinenser das Recht, die eigene politische Gewalt als Kampf zur nationalen Befreiung zu bezeichnen. Abb. 2.4. zeigt die Abwägung der Zielsetzung der staatlichen politischen Gewalt und ihre völkerrechtlichen Einschränkungen.

Abb. 2.4. Abwägung der Zielsetzung und Einschränkungen der staatlichen politischen Gewalt



Angesichts der „allgegenwärtigen Sicherheitsproblematik“ Israels (Timm, 2008, S. 15) wird die staatliche Gewalt als Krieg gegen den Terror öffentlich gerechtfertigt und akzeptiert. Diese folgt dem Primat der nationalen Sicherheit, die an „Israels Existenzkampf“ seit seiner Gründung geknüpft wird (Lozowick, 2006). An dieser Stelle ist die Anwendung der ethischen Mindestbedingungen an die politische Gewalt hilfreich. Diese umfassen Verhältnismäßigkeit, Schadenminimierung und Mangel an gewaltfreien Alternativen (Primoratz, 2007). Jedoch stößt die Überproportionalität israelischer Gewalt und ihre negativen Konsequenzen mit den ethischen Mindestbedingungen. Der Einsatz von überproportionaler israelischer Gewalt hat sich als erfolglos erwiesen (Riesen, 2006). Selbst in einem Selbstverteidigungskampf sollten Regierungen entlang der moralischen und völkerrechtlichen Prinzipien mutmaßliche Terroristen vor Gericht bringen und nach legalem Verfahren strafen. Gerade „Freiheitskämpfer“ sind dem Völkerrecht nach nicht als Kriminelle, sondern als Kriegsgefangene zu behandeln (Köchler, 1988, S. 312).

Aufgrund dieser Diskussion kann man bestimmte Gewaltformen des israelischen Staates gegen die palästinensische Bevölkerung als Staatsterrorismus betrachten, da sie die genannten Aspekte der Terrorismusdefinition erfüllen und gegen die ethischen Mindestbedingungen verstoßen. Zu den Formen des israelischen Staatsterrorismus durch das Militär oder den Geheimdienst gehören die außergerichtliche und gezielte Tötung von Individuen oder Gruppen, die Duldung gewalttätiger Akte anderer nicht-staatlicher Akteure, z. B. bewaffneter Siedler, die durch das Militär verhindert werden könnten; gezielte militärische Operationen gegen palästinensische Siedlungen sowie die Androhung der zuvor genannten Aktionen. Die Kritik an den israelischen Streitkräften basiert auf mehrmaligen Verstößen Israels gegen die internationalen Abkommen zur Regelung gewaltsamer Konflikte. Konkret werden das Prinzip der Proportionalität von Gewalt, das Verbot von wahllosen Angriffen und das Prinzip der Immunität bestimmter Gruppen (Ärzte, Journalisten) nicht beachtet und mehrmals kritisiert (Reporters Without Borders, 2003, S. 34–36; Schweisfurth, 2006, S. 487).

Formen des Staatsterrorismus außerhalb des bewaffneten Kampfs umfassen nach Lopez' Typologie in Tabelle 2.5 die ökonomische Ausgrenzung durch die wirtschaftliche Diskriminierung, wie die Enteignung des palästinensischen Grundbesitzes bei gleichzeitigem Verbot für Palästinenser, alternativen Grund zu erwerben (Timm, 2008, S. 16). Aus neomarxistischer Perspektive wird sogar argumentiert, dass die legalen, administrativen und militärischen Apparate Israels eine „Zwangstransformation“ der palästinensischen Gesellschaft forcieren und daher einen „imperialen Terror“ durch den Siedlerkolonialismus implizieren, der die Lebensweise und Existenz der Palästinenser bedroht (Perdue, 1988, S. 19–24; Asad, 2007, S. 24). Die bewaffneten israelischen Siedler spielen eine wichtige Rolle für die „Politik der Furcht“ (Asad, 2007, S. 24–25). Hier bilden die rechtsradikalen Aktivitäten der Gush Emunim und der Kach-Bewegung zwei Beispiele für Siedlungsgemeinschaften, die durch die unausgesprochene Zustimmung der staatlichen Behörden gefördert werden (Pedahzur und Perliger, 2009, S. 43).

Die Legalisierung der Anwendung von repressiven Mittel gegen Nichtkombattanten bevollmächtigt den israelischen Staat zu menschenrechtlich illegitimen, jedoch formal legalen Gewaltakten und bildet so eine Form des staatlich verübten Terrorismus (Lopez, 1984, S. 64). Als Beispiel ist formale Legalisierung von Menschenrechtsverletzungen, wie die Folter während Verhören, zu nennen. Das Urteil des Obersten Gerichts zur Duldung von außergewöhnlichen Verhörmaßnahmen durch „physischen Druck“ ermöglicht die Folter mutmaßlicher Terroristen oder deren Angehörige in Verhören und findet trotz der Unterzeichnung der internationalen Anti-Folter-Abkommen durch Israel statt. Argumentiert wird auf israelischer Seite mit der Notwendigkeit zur Sicherheit im Kampf gegen Terroristen. Israel argumentiert, die Praktiken des General Security Services (GSS –Shin Beit) seien keine Folter, sondern moderater physischer Druck, obwohl diese Verhörmaßnahmen laut des Berichts der Landau-Kommission in Israel in 1987 verboten wurden. In der neueren Debatte wird der Einsatz von Folter mit dem „ticking bomb“-Argument gerechtfertigt: die Zwangsmaßnahmen im Verhör von Tatverdächtigen dienen der Rettung von Zivilisten (Ambos, 2010, Poscher, 2006; Weilert, 2009.)

Kritische Literatur zur Geschichte Israels postuliert die These, dass die Gründung des Staates Israel auf einer terroristischen Vergangenheit basiert. Zionistische Bewegungen hätten alle Mittel der politischen Auseinandersetzung genutzt, inklusive Terrorismus und Selbstmordanschläge, um den Judenstaat zu gründen (Hoffmann, 2011, S. 260). Pappé beschreibt die absichtliche Politik der Vertreibung der Palästinenser sowie ihre erzwungene Umsiedlung und Enteignung im Jahr 1948 anhand historischer Quellen sogar als einen Genozid (Pappé, 2007, S. 131). Die bekanntesten Anschläge der zionistischen Kämpfer richteten sich im Laufe der Jahre vor 1948 gegen arabische Zivilisten und britische Soldaten. Zu den spektakulärsten Anschlägen vor der Gründung Israels gehört der Anschlag auf das King David Hotel in Jerusalem 1946 durch die Irgun-Gang und die Tötung des britischen Ministers Lord Moyne 1944 und des Grafen Folke Bernadotte, den Vermittler der Vereinten Nationen in Palästina. Die jüdischen Angriffe auf die britische Kolonialmacht begannen erst nach der Veröffentlichung des Weißbuchs seitens der britischen Regierung in 1939, das eine gemeinsame jüdisch-palästinensische Heimat anstelle eines reinen Judenstaats in Palästina errichten wollte. Deshalb führte das policy paper restriktive Maßnahmen im Hinblick auf die Zahl der jüdischen Einwanderer. Die zionistischen Organisationen wollten durch ihre politische Gewalt zweierlei erreichen: erstens politischen Druck auf die Briten auszuüben, um die Einwanderung der verfolgten europäischen Juden zu erleichtern und zweitens, die Sympathie bei internationalen Entscheidungsträgern und Akteuren zu wecken (Hoffmann, 2011, S. 266–267). Die zionistischen Milizen, die vor der Staatsgründung Israels als Terroristen galten, wurden zu institutionellen Akteuren des Staats aufgewertet. Denn nach der Staatsgründung Israels in 1948 entstand aus den jüdischen Milizen Haganah, Palmach, Etzel und Lechi der Kern der heutigen israelischen Armee (Timm, 2008, S. 21; Primoratz, 2007, S. 135). Jedoch wurde keiner der Täter zur Rechenschaft gezogen, weil die bewaffneten, militanten Gruppen nach der Staatsgründung bis auf wenige Ausnahmen in den damals

neuen politischen und militärischen Institutionen Israels integriert wurden. Eventuell wurde den extremen rechtsgerichteten zionistischen Terroristen der Stern-Gang ihre Strafe erlassen (Pedahzur und Perliger, 2009, 7). Diese Entwicklung beweist die akteur-zentrierte Sichtweise auf die politische Gewalt.

Die Gegner des Begriffs israelischer Staatsterrorismus im heutigen Kontext argumentieren, dass die Täter nicht immer den Staat repräsentieren. Denn in einigen Fällen sind individuelle Extremisten für die Terroranschläge an Palästinensern verantwortlich. Beispielsweise verübte ein jüdischer Siedler das Massaker von Hebron, also kein institutionalisierter Akteur des Staates Israel, der offensichtlich nicht auf einen staatlichen Befehl hin handelte. In der Terrorismus- und Rechtsforschung bleibt es noch offen, inwiefern sich die Soldaten der israelischen Armee durch Unterlassung der Mittäterschaft schuldig machten, indem sie die Tat nicht effizient verhinderten. In der arabischen Literatur wird der israelische Staat generell wegen seinen Gewaltakten gegen Palästinenser beschuldigt (Saad, 2007, S. 34). Andererseits machen einige Autoren auf die Bemühungen Israels aufmerksam, den jüdischen Untergrundterrorismus zu unterbinden, wie z. B. das israelische Verbot der Kach-Bewegung (Pedahzur und Perliger, 2009).

Es sprechen mehrere Gründe für die Assoziation vom Staatsterrorismus mit israelischen Gewaltakten. Das Nichtbeachten des Rechts im Krieg einerseits sowie die offizielle Tolerierung der Kollateralschäden von militärischen Akten andererseits weist auf die staatliche Mittäterschaft hin. Das Nichteinbeziehen der staatlichen Akteure in der klassischen Terrorismusforschung führt zum Übersehen von systematischer Repression und Verstöße gegen das Kriegsrecht. Dementsprechend ist die wissenschaftliche Kategorisierung der israelischen Gewalt gegen Palästinenser enorm schwierig, denn es fehlt der genaue Begriff für die israelischen Maßnahmen gegen die Palästinenser; es bleibt eine Gewalterscheinung, die keinen Namen hat, eben „The Israeli Thing without A Name“ (Grinberg, 2009, S. 105–107.) Aus dem Vorangegangenen wird klar, dass die terroristische Gewalt vor allem aufgrund der Rücksichtslosigkeit gegenüber zivilen Nichtkombattanten verurteilt wird, wie es sich in den wiederholten Eingriffen auf Gaza gezeigt hat.

Terrorismus gilt als illegitimes Gewaltmittel, als Verstoß gegen das Völkerrecht, selbst wenn ein höheres Ziel verfolgt wird. Terrorismus kann somit von Einzeltätern, Gruppen, Organisationen oder Staaten verübt werden. Die unterschiedlichen Kontexte und Akteure des Terrorismus bedürfen eines holistischen Ansatzes, um seine Ursachen zu verstehen. Hier spielt der Deutungskampf um das Doppelhelix-Narrativ eine Rolle. Hier ist das Doppelhelix-Metapher zur historischen Konstruktion des israelisch-palästinensischen Konflikts relevant und hilfreich, da sie die Präsenz zweier paralleler Narrative zu Geografie, Historie, Demografie und Politik des Territoriums Israel/Palästina anerkennt (Rotberg, 2006). Denn ähnlich wie beim Definitionsdilemma des Begriffs Terrorismus weist der israelisch-palästinensische Konflikt auf einen Deu-

tungskampf über die Entstehung des politischen Konflikts. So ergibt sich der Konflikt auf politischer und kommunikativer Ebene unmittelbar aus der „Diskrepanz der Selbst- und Fremdeutung“ (Musolff, 2006, S. 303). Denn einerseits existiert das Nakba-Narrativ, das auf dem Leid der palästinensischen Bevölkerung angesichts ihrer Vertreibung, Enteignung und Ermordung im Verlauf der Gründung des jüdischen Staats basiert (Pappé, 2007). So steht Nakba für die zionistische Transformation der palästinensischen Wirtschaft und Gesellschaft sowie die Errichtung einer kolonialen Administration und das Aufzwingen westlicher Gesetze und Lebensweisen, ohne die einheimische Bevölkerung einzubeziehen (Perdue, 1988, S. 24). Andererseits existiert das Holocaust-Narrativ, das an die antisemitischen Gräueltaten und Pogrome gegen Juden in Europa erinnert. Hier wird die Gründung Israels als sichere Heimstätte für alle Juden der Welt rationalisiert (Rotberg, 2006; Flores, 1997; Baumgarten, 2000).

Der Deutungskampf zwischen Nakba- und Holocaust-Narrativen beinhaltet die Antwort auf die Frage nach dem Ur-Aggressor. Beide Deutungsvarianten der israelischen und palästinensischen Wahrnehmung konstruieren ein Eigen- und ein Fremdbild, das die historischen Ereignisse stark kognitiv betont und die Nichtanerkennung des Anderen ideologisch rechtfertigt (Aggestam, 2002, S. 21). Die unterschiedliche Bewertung der Staatsgründung Israels führt zu divergenten politischen Perspektiven auf die verübte Gewalt. Der geschichtliche Verlauf zeigt, dass der Gewaltzyklus ein wesentlicher Bestandteil für das Fortbestehen des Untergrund- und des Staatsterrorismus ist. Für die Kontextualisierung palästinensischer und israelischer Gewalt muss die „Vorgeschichte“ (Derek, 2007) des Konflikts dargelegt werden. Der historische Ursprung des bis heute aktuellen israelisch-palästinensischen Konflikts wurzelt in der von eigenen Interessen geleiteten Politik der europäischen Kolonialmächte am Ende des 19. Jahrhunderts und zu Anfang des 20. Jahrhunderts. Damals war deren oberstes Ziel die „Wahrung des europäischen Gleichgewichts“ (Krämer, 2002, S. 167). Mehrere internationale und regionale Faktoren lösten den Konflikt aus. Dazu gehören die Schwäche des Osmanischen Reichs, die hegemonialen Bestrebungen der europäischen Kolonialmächte, die Interessen der osmanischen Behörden und lokalen Vertreter verschiedener Gruppen in Palästina und letztendlich der Erfolg des „zionistischen Aufbauwerks“, die zunehmende jüdische Einwanderung vor allem nach dem Ersten Weltkrieg aufzunehmen, bei einer parallel verzögerten Entwicklung des arabisch-palästinensischen Nationalismus (Krämer, 2002, S. 167). Historisch fanden die ersten Gewaltausbreitungen zwischen jüdischen Siedlern und palästinensischen Bewohnern in den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts, also schon vor der Staatsgründung Israels, statt. Zu diesem Zeitpunkt waren es hauptsächlich gesellschaftlich-wirtschaftliche Bestrebungen beider Gemeinschaften zur Sicherung von Interessen und Ressourcen. Der Anfang der heutigen politischen Gewalt bildeten also zunächst interkommunale, individuelle Einzeltaten, die zwischen den arabischen Bewohnern und den jüdischen Einwanderern aus sozioökonomischen Gründen stattfanden. Jüdische und arabische militante Gruppen nutzten den Terrorismus als Mittel, um ihre politischen Ziele

zu erreichen. Dies führte zu einem Zyklus der Gewalt und Gegengewalt, der sich bis 1947 kontinuierlich und gegenseitig weiter verstärkte. Zu diesem Zeitpunkt beschloss schließlich der Sonderausschuss der UNO zur Lage in Palästina in 1947, das United Nations Special Committee on Palestine (UNSCOP), die Beendigung des britischen Mandats, den Teilungsplan sowie die Gründung von zwei Staaten (Chronologie der Gewaltanschläge in Hughes, 1997a, S. 271; Hughes 1997b, S. 283–300).

Die erzwungenen Prozesse der Judaisierung Palästinas gelten somit als historischer Ursprung des Konflikts, da sie gewaltsam gegen den Willen der ursprünglichen Bewohner sowie unter dem Einfluss verschiedener Großmächte in der Spätphase der Kolonialzeit stattfanden (Krämer, 2002, S. 9). Von der israelischen Seite wird jede politische Position und Aktion der palästinensischen Seite, die inakzeptabel für Israel ist, als Terrorismus bezeichnet. Die palästinensische Gewalt wird so dargestellt, als ob sie ausschließlich auf die Vernichtung Israels ziele und den einzigen Grund habe, dass Israel ein jüdischer Staat sei (Pappé, 2007, S. 127).

Tabelle 2.4. wendet die Definitionsaspekte des Terrorismus mit dem Ansatz der Doppelhelix-Narrativ auf den Israel-Palästina-Konflikt an. Es wird ersichtlich, wie jede Konfliktpartei die Rechtmäßigkeit der eigenen Gewalt rechtfertigt und gleichzeitig die Gewalt der anderen Seite als Untergrund- bzw. Staatsterrorismus denunziert. Der Deutungskampf beschränkt sich nicht auf die Legitimierung des eigenen Anspruchs auf das geografische Territorium, sondern erstreckt sich auf die Legitimierung der angewandten politischen Gewalt. Im folgenden Kapitel werden die Erklärungsansätze und Entstehungsbedingungen des Terrorismus staatlicher und substaatlicher Akteure im Israel-Palästina-Konflikt erläutert.

Tabelle 2.4. Operationalisierung der relevanten Definitionsaspekte für den Untergrund- und Staatsterrorismus

Definitionsaspekt	Beschreibung des Aspekts	Untergrundterrorismus	Staatsterrorismus
Motivation	<ul style="list-style-type: none"> - „Altruisten“ (Whittaker 2003) - kein Eigennutzen - keine Reue - Glaube an die Richtigkeit des Anliegens 	<ul style="list-style-type: none"> - glauben an die Richtigkeit der Gewalt 	<ul style="list-style-type: none"> - glauben an die Richtigkeit der Gewalt
Zielsetzung	<ul style="list-style-type: none"> - Änderung im politischen Umfeld - Reaktion des Bewahrers des Status quo provozieren - Unterscheidung zwischen extremen Mitteln und extremen Zielen 	<ul style="list-style-type: none"> - Nationalbefreiung als Ziel - Gewalt als extremes Mittel der politischen Auseinandersetzung 	<ul style="list-style-type: none"> - Sicherheit als Ziel - Gewalt als extremes Mittel der politischen Auseinandersetzung
Opfer	<ul style="list-style-type: none"> - Nichtkombattanten, unbeteiligte Zivilisten - nach dem Zufallsprinzip - Abschreckung der Zivilisten 	<ul style="list-style-type: none"> - Opferstatus wird durch Belege zur Beteiligung am Kampf abgestritten: - israelische Siedler, - Besatzung, Bewaffnung der israelischen Bürger, Rache 	<ul style="list-style-type: none"> - Opferstatus wird durch Belege zur Beteiligung am Kampf abgestritten: - militante Palästinenser, Zivilisten beherbergen Terroristen, Rache
Zielgruppe	<ul style="list-style-type: none"> - Politiker der Gegenseite - Bewahrer des Status quo 	<ul style="list-style-type: none"> - israelische und internationale Akteure 	<ul style="list-style-type: none"> - palästinensische und internationale Akteure
Planung	<ul style="list-style-type: none"> - geplanter Akt - auch wenn bloße Androhung, soweit Vorbereitungen bestehen 	<ul style="list-style-type: none"> - Planung in Trainingscamps, Waffen, etc. 	<ul style="list-style-type: none"> - Planung durch staatliche Institutionen, z. B. Militär.
Legalität	<ul style="list-style-type: none"> - Terrorismus als illegaler Gebrauch von Gewalt privilegiert staatliche Akteure - kein relevantes Kriterium für diese Studie 	<ul style="list-style-type: none"> - illegal - durch keine rechtliche Instanz unterstützt 	<ul style="list-style-type: none"> - legal - durch staatliche Instanzen entschieden
Legitimität	<ul style="list-style-type: none"> - Terrorismus und Moral: Normbruch mit den Menschenrechten wird durch Zielsetzung der Gewalt legitimiert - Legitimität des Herrschaftstyps relevant für Bürger - legitimer vs. illegitimer Terrorismus (O'Brien, 1988) - Form der politischen Gewalt toleriert Tötung der Zivilisten 	<ul style="list-style-type: none"> - Nationalbefreiung als Zielsetzung zur Legitimation der extremen Mittel und Duldung von Kollateralschäden - Kriegsverbrechen 	<ul style="list-style-type: none"> - Sicherheit als Zielsetzung zur Legitimation der extremen Mittel und Duldung von Kollateralschäden - Kriegsverbrechen
Akteur	<ul style="list-style-type: none"> - klassische Terrorismusforschung fokussiert auf substaatliche Akteure, kritische Terrorismusforschung unterscheidet nicht zwischen Akteuren - tatorientierte, keine akteurzentrierte Bewertung (Meggle, 2005b) 	<ul style="list-style-type: none"> - substaatlich - Terrorismus von unten - rebellisch 	<ul style="list-style-type: none"> - staatlich - Terrorismus von oben - institutionell

2.2. Erklärungsansätze und Rahmenbedingungen für den Terrorismus

Die Terrorismusforschung zu den Erklärungsansätzen unterscheidet zwischen Vorraussetzungen und direkten Ursachen der terroristischen Gewalt. Die Vorraussetzungen gelten als begünstigende Rahmenbedingungen für die illegitime Gewalt, haben aber keinen direkten kausalen Einfluss. Vorraussetzungen sind Faktoren, die die Schaubühne für den Terrorismus über einen längeren Zeitraum bereitstellen. Dazu gehört eine als ungerecht wahrgenommene Situation (Crenshaw, 1981, S. 381). Rahmenbedingungen der Moderne umfassen zusätzlich die zunehmende Urbanisierung, was Anonymität und intensive Vernetzung anbietet, und die Diffusion der Informations- und Kommunikationstechnologien, die die Planung der Terrorismusakte ermöglichen (Conteh-Morgan, 2004, S. 256). Eine weitere Vorraussetzung ist das politische Herrschaftssystem eines Staats. Drei Hypothesen erläutern den Zusammenhang zwischen dem Staatstyp und den Terrorismus: a) je größer der Modernisierungsgrad eines Staates, desto höher sei die Chancen, dass terroristische Akte vorkommen; b) je größer die Bevölkerungszahl und die Urbanisierung, desto größer sei die Wahrscheinlichkeit eines Terrorakts und c) je demokratischer ein Staat, desto mehr toleriere er den Terrorismus, da keine repressiven Mittel eingesetzt werden könnten (Ross, 1993, S. 317–329). Demokratien seien also anfälliger für den Terrorismus, weil sie im Gegensatz zu autoritären Systemen den Dissidenten mehr Freiheitsraum anböten. Doch die zunehmende außergerichtliche Gewalt gegen vermeintliche Terroristen und Zivilisten außerhalb der eigenen Staatsgrenzen relativiert diese Aussage. Die Antiterrorbekämpfungen durch die USA und Israel verdeutlichen, wie demokratische Staaten den Terrorismus repressiv zu schlagen versuchen (Perugini und Gordon, 2015, S. 78–81).

Im Unterschied zu den Voraussetzungen gelten die Ursachen als direkte Einflüsse, die den Terrorismus verursachen. Theoretische Zugänge für die Untersuchung der Einflussfaktoren sind interdisziplinär und umfassen Kenntnisse aus wie Politikwissenschaft, Soziologie und Psychologie (Richardson, 2007, S. 71). Für den Terrorismus im Israel-Palästina-Konflikt werden die Ursachen anhand der Makro-, Meso- und Mikroebene angewandt (Imbusch, 2006, S. 503). Zunächst werden die Erklärungsansätze für den Terrorismus in drei Ebenen beschrieben und erläutert. Anschließend werden die theoretischen Erklärungsansätze spezifisch auf jeweils den staatlichen und substaatlichen Terrorismus angewandt.

Die Makroebene für die Terrorismusursachen umfasst die politischen, die gesellschaftlichen und die kulturalistischen Erklärungsansätze. Der Ansatz der politischen Auseinandersetzung (contentious politics) untersucht die terroristische Gewalt im Rahmen der Konfliktforschung. Der Terrorismus wird als ein extremes Mittel der Gewalt in einem politischen (Interessen-) Kampf betrachtet (Tilly und Tarrow, 2007, S. 37). Die Forschung zu sozialen Bewegungen, die die Auseinandersetzungsmechanismen und Interaktionen zwischen Akteuren in einem Konflikt untersucht, ist an dieser Stelle relevant. Die herausfordernden sozialen Bewegungen sind „Netz-

werke von Individuen und Organisationen mit gemeinsamen Identitäten, die sich mit unkonventionellen Mitteln für konfliktgeladene Ziele einsetzen“ (della Porta, 2006, S. 34). Die politischen Akteure umfassen Gruppen mit diversen Interessen und Weltanschauungen. Auch der Staat kann entweder als Akteur, Ziel der Auseinandersetzung oder als dritte Partei am Konflikt beteiligt sein (Tilly und Tarrow, 2007, S. 4). Die Akteure nutzen ein Repertoire an Auseinandersetzungen, das eine Reihe von Verhaltens- und Performanzformen umfasst. Einige politische Gruppen entscheiden sich für den Terrorismus, nehmen also die illegitime politische Gewalt in ihr Repertoire auf, um ihre Forderungen durchzusetzen (Tilly und Tarrow, 2007, S. 11; Wiktorowicz, 2004, S. 20). So ist beispielsweise die Anwendung terroristischer Mittel seitens der islamistischen fundamentalistischen Opposition in Ägypten auf Exklusion und Repression der Akteure zurückzuführen (Hafez, 2003). Der Grad der politischen Gewalt nimmt zu, wenn neue substaatliche Herausforderer sich einen Weg in das Gemeinwesen erkämpfen wollen und dies nicht zugelassen wird (della Porta, 2006, S. 37). Akteure und soziale Bewegungen können zur terroristischen Gewalt in autoritären wie in demokratischen Systemen greifen, wenn sie erkennen, dass sie das System durch gewaltfreie partizipatorische Methoden nicht ändern können (Richardson, 2007, S. 82–83). So zeigen empirische Befunde, dass der Terrorismus sich nicht auf ein bestimmtes Herrschaftssystem (Demokratie/ Autokratie) beschränkt. Wichtiger ist es, die Verteilung der Ressourcen und Strukturen innerhalb dieses Systems zu berücksichtigen. In dem Fall ist nicht die Freiheit der Akteure relevant, sondern ihre Wahrnehmung des politischen Systems und ihre Forderungen an dieses. Dies entspricht der These, dass der Terrorismus die „Fortsetzung der Politik mit terroristischen Mitteln“ sei (Riesen, 2006). Tatsächlich nennen Tilly und Tarrow den politisch motivierten Terrorismus „tödliche Politik“ („lethal politics“, vgl. Tilly und Tarrow, 2007, S. 135). Hier verleiht die politische Zielsetzung der Gewalt bei den Mitgliedern oder Sympathisanten die Legitimität. Durch die Dehumanisierung und Herabsetzung des Feindes und den Glauben an die Rechtmäßigkeit der politischen Zielsetzung wird die terroristische Gewalt gerechtfertigt (Selden und So, 2004, S. 12).

Della Portas empirische Typologie der politischen Gewalt kombiniert zwei Variablen: a) die Intensität der Gewalt und b) der Organisationsgrad des Akteurs (della Porta, 2006, S. 35–36). Daraus ergeben sich vier Typen politischer Gewalt: a) nicht spezialisierte Gewalt (niedriger Grad, unorganisiert), b) halb-militärische Gewalt (niedriger Grad, organisiert), c) autonome Gewalt (hoher Grad der Gewalt, lose Gruppenstruktur) und d) klandestine Gewalt (hoher Grad, im Untergrund organisiert). Für della Porta stellt nur die letzte Form terroristische Gewalt dar (della Porta, 2006, S. 35–36). Da die Ergebnisse von Forschung zu sozialen Bewegungen stammen, bleiben Formen des Staatsterrorismus sowie politische Gewalt in internationalen Konflikten ausgeblendet.

Zusätzlich zu den politischen Ursachen stellen die soziologischen und ökonomischen Variablen eine zweite makrogesellschaftliche Ebene in den Erklärungsansätzen für die terroristische

Gewalt. Faktoren wie Armut, Marginalisierung oder Bildungsgrad wurden oft im Zusammenhang mit dem Terrorismus untersucht. Von akteurzentrierter Perspektive kam Ted Gurr in seiner klassischen Studie „Why men rebel“ zum Schluss, dass die Benachteiligung die Möglichkeit eines Frustrations-Aggressions-Mechanismus birgt, der potentiell zur Gewalt führen kann. Die Neigung zur Gewalt wird größer, wenn die Frustration und der daraus resultierende Zorn intensiv und über lange Zeit andauern (Gurr, 1971, S. 36). Hier wird die Gewalt am Konzept der „relativen Deprivation“ angeknüpft. Diese entsteht aus der Wahrnehmungsdiskrepanz des Akteurs zwischen seiner Wertevorstellung und dem aktuellen Status (Gurr, 1971, S. 24). Von systemtheoretisch orientierten Wissenschaftlern wurde diese These kritisiert, da sie den Gesamtkontext einer Ungleichheit nicht berücksichtigt und sich auf die mikrotheoretische Akteurperspektive fokussiert (Tilly, 1971, S. 416–420). Neuere Studien können keinen kausalen Einfluss zwischen sozioökonomischer Benachteiligung und Gewalt belegen (Hippler, 2006, S. 67; Schubert, 2006, S. 130). D. h., es besteht kein Automatismus zwischen sozioökonomischer Benachteiligung und terroristischer Gewalt.

Die dritte Ebene der makrotheoretischen Erklärungsansätze betont die Verbindungen zwischen religiösen und kulturellen Faktoren und Terrorismus. Hier führt die Literatur den Terrorismus auf die kulturellen Partikularitäten, vor allem die Religionszugehörigkeit der Täter, zurück. In der klassischen Terrorismusforschung wird der Fokus auf Religion und Gewalt durch die Subdisziplin des sogenannten ‚religiösen Terrorismus‘ hergestellt. Dieser Terrorismus sei die „vierte Welle“, die nach dem säkularen und linken Terrorismus auftauche (Rapoport, 2002). Der religiös motivierte Terrorismus erlebe nach einer Phase des säkularen Terrorismus einen erneuten Aufstieg. Dagegen wird argumentiert, dass die Verbindungen zwischen Terrorismus und Religion nicht neu seien, sondern schon in der Antike stattgefunden hätten (Hoffmann, 2011, S. 139–140).

Literatur zur religiösen Motivation des Terrorismus führt die Gewalt vor allem auf den Radikalismus und Fanatismus in der Interpretation der Religion zurück. Denn diese beinhalte als kollektiver, intersubjektiver Glaube das Potenzial zur Verbreitung einer „großen Vision zur Schaffung einer neuen Ordnung, wo der terroristische Akt den Katalysator der Transformation bildet“ (Perliger und Pedahzur, 2009, 165). Terrorgruppen, die sich auf eine Weltreligion wie Islam oder Judentum berufen, weisen ähnliche Charakteristika auf; nämlich sie legitimieren die Gewalt, indem sie auf die religiösen Vorschriften und die Gefühle der Entfremdung Bezug nehmen. Zudem sollen auch die logistischen Gegebenheiten vorhanden sein (Hoffmann, 2007, S. 160). Im religiös motivierten Terrorismus gewinnt der gewaltsame Akt eine zusätzliche Bedeutung als Ritual (Radler, 2009). Weiterhin verhilft die Teilung der Menschen aufgrund der Religionszugehörigkeit den geistlichen Führern zur Konstruktion von bipolaren Feindbildern. Spirituelle Motivgrößen machen allein nicht den Ursprung des Terrorismus aus, sondern dienen eher der Rechtfertigung und Legitimierung der Gewalt sowie der Neutralisierung der Todes-

angst und der zusätzlichen Sinnstiftung durch das Vollbringen eines Dienstes an Gott (Schneiders, 2006, S. 167–169). Entscheidend ist die Rolle der Religionsgelehrten, die als geistliche Autoritäten die Durchführung der Terrorakte absegnen (Hoffmann, 2007, S. 163).

Der religiös motivierte Terrorismus erlebt seit den Anschlägen des 11. September 2001 eine intensivierte Aufmerksamkeit in der wissenschaftlichen Literatur. Einige Kritiker meinen, dass diese Aufmerksamkeit „überproportional“ ist (Schubert, 2006, S. 142). Statistisch sind nur 15 % der heutigen Terrorakte weltweit dem religiösen Terrorismus zuzuordnen, wobei diese oft auch intra-religiöse und nicht interkonfessionelle Akte beinhalten (Pedahzur und Perliger, 2009, S. ix). Die nationalistisch separatistischen Bewegungen verübten zwar im letzten Jahrhundert mehr Anschläge von der Zahl her, aber die Anschläge der religiös motivierten Gruppen forderten mehr Opfer (Schubert, 2006, S. 147). Weitere Kritik hält fest, dass innerhalb der Forschung zum religiösen Terrorismus selektiv Verbindungen zwischen Islam und Terrorismus betont werden (Schubert, 2006, S. 142). Der Islam sei in den Mittelpunkt der Terrorismusforschung gerückt, in der Forscher die Rationalisierung der Gewalt auf das Dschihad-Konzept gegen Nichtmuslime reduzieren, da der Islamismus dies glorifiziere (Jackson, S. 2007, S. 9). So vernachlässigt die Terrorismusforschung das weite Interpretations- und Auslegungsspektrum heiliger Texte, die je nach Kontext und Akteuren gewaltsam oder pazifistisch interpretiert werden können (Jackson, 2007, S. 9). Heute nimmt die Religion eher die Rolle eines „ideologischen Umweltfaktors“ ein (Hafez, 2009a, 229). Dementsprechend beinhaltet der Islam, wie andere Weltreligionen, moderate sowie radikale Deutungen. In der islamischen Tradition bestehen drei Hauptströmungen: die bedeutsamsten sind a) die Theorie des gerechten Krieges, also defensive Anwendung von Gewalt im Fall eines Angriffs oder Besatzung, b) der Dschihadismus, d. h. offensiver, totaler Krieg aufgrund einer radikalen Auslegung des Islam und des Begriffs Dschihad und c) der unterrepräsentierte islamische Pazifismus (Hafez, 2009a, S. 221). Für den „jüdischen Terrorismus“ gibt es ebenso die Unterscheidung zwischen moderaten und radikalen Auslegungen des Judentums. Für die jüdische terroristische Gewalt stellt die Religion kein exklusives Element dar. Sie wurde in der Regel im Kampf um politische Ressourcen instrumentalisiert (Pedahzur und Perliger, 2009, S. 163–164). Insofern würde eine Beschränkung auf die religiös-kulturelle Argumentation, ohne eine adäquate Berücksichtigung des politischen Kontexts, die Ursachen für den Konflikt essentialisieren. Fest stehe, dass der hohe Stellenwert der Religion bei den Gläubigen die bestehenden Feindbilder unterstütze und die Tötung des wahrgenommenen Feindes als religionskonform rechtfertige. Dabei würden in Wahrheit eventuell politische Zwecke verfolgt (Dietl, Hirschmann, und Tophoven, 2006). Somit werde die Religion als „Vehikel zur Sanktionierung“ der terroristischen Gewalt benutzt (Selden und So, 2004, S. 12). Relevant für den israelisch-palästinensischen Konflikt sei zusätzlich, dass sich auf dem Gebiet der Ideologie des politischen Islam islamische Vorstellungen mit der Wahrnehmung des Konflikts vermischten (Flores, 2002, S. 61). Die Religion ist kein alleiniger Triebfaktor von

Gewalt, sondern liefert die moralische Rechtfertigung und Legitimation, um die Hemmschwelle zur Tötung anderer Menschen zu überwinden.

Erklärungsansätze für den Terrorismus auf der organisatorischen Mesebene

Der Ansatz der Ressourcenmobilisierung (Ressource Mobilization Theory) stellt eine weitere theoretische Erklärung vor allem für die substaatliche terroristische Gewalt dar. Aufbauend auf der Forschung zur Organisation sozialer Bewegungen besagt die Hauptthese, dass die Gruppen Kader, Netzwerke und Strukturen zur Mobilisierung und Rekrutierung brauchen, um die terroristischen Akte durchzuführen (Hippler, 2006, S. 73). Anstatt eine kausale Beziehung zwischen den sozioökonomischen Verhältnissen und dem Terrorismus herzustellen, untersucht dieser Ansatz die „permissiven“ strukturellen Gegebenheiten für den Terrorismus (Crenshaw, 2010, S. 462). Dabei werden Elemente der Macht- und Elitetheorie (z. B. Führerschaft) sowie konfliktinterne strukturelle Faktoren (z. B. Präsenz logistischer und finanzieller Ressourcen) berücksichtigt (Gee, 1998, S. 110). Terrorismus braucht demnach nicht nur Verhältnisse, die ein Gefühl der Benachteiligung bei einigen Menschen hervorrufen, sondern auch Anführer, die diese Verhältnisse deuten und die Gewalt rechtfertigen sowie die Gruppe organisieren und für deren Effizienz sorgen (Richardson, 2007, S. 105). Entsprechend wird der Terrorismus als Ausdruck einer sozialen Bewegung erklärt: d. h. als ein organisierter Kampf, der durch Mobilisierungsmechanismen strukturiert ist, um eine lang anhaltende Kollektivhandlung zu ermöglichen (Wiktorowicz, 2004, S. 10). Wiktorowicz betont die Bedeutung von informellen Netzwerken und Institutionen für die „High-risk“-Aktivisten, die in einem repressiven politischen System operieren müssen. Gerade für die Arbeit von islamistischen Aktivisten bieten die organisatorischen Ressourcen wie Moscheen, islamische Nichtregierungsorganisationen, Berufsverbände und Studentenversammlungen, Raum zur Bildung von informellen Netzwerken (Wiktorowicz, 2004, S. 10–12). Diese sind vor allem wichtig, da Anschläge in formellen politischen Institutionen wie Parteien schwer zu planen sind. Der informelle Charakter schwächt zwar die politische oder soziale Bewegung bei der institutionalisierten Durchsetzung ihrer Interessen, beschützt aber gleichzeitig die Akteure in diesem Netzwerk. Nicht zu unterschätzen in der Ressourcenmobilisierung ist der „Blowback Faktor“ (Guelke, 2006, S. 47–49). Dies geschieht beispielsweise, wenn die Entstehung einer sozialen Bewegung vom Staat toleriert wird, damit sie mit anderen Organisationen konkurriert, die jedoch mit der Zeit eine Eigendynamik entwickelt und den Staat offen herausfordert. Dies ist beispielsweise mit der Entstehung von Hamas passiert, die damals von Israel toleriert wurde, weil die islamistische Organisation als Konkurrenz gegenüber der säkularen Fatah agieren sollte. Zu den Ressourcen gehören auch der Unterstützungsgrad und die Resonanz in der Gesellschaft. Terrorismus ohne jegliche moralische Sinngebung blockiert jegliche Sympathie für den Terroristen in der öffentlichen Wahrnehmung (Guelke, 1998, S. 42). Vergleichbar wären die Taten der Terrororganisation Islamischer Staat, die auf Abschreckung und mediale Aufmerksamkeit zielt. Doch im israelisch-

palästinensischen Konflikt fördert der gesellschaftliche Rückhalt in der öffentlichen Meinung die Akzeptanz selbst illegitimer Formen politischer Gewalt von beiden Seiten.

Erklärungsansätze für den Terrorismus auf der Mikroebene

Die mikrotheoretischen Ansätze in der Ursachenforschung des Terrorismus fokussieren auf die psychologischen Erklärungsansätze. Somit steht die Motivation der individuellen Täter und Terrorgruppenmitglieder im Mittelpunkt der Forschung (della Porta, 2009, S. 92). Solche Ansätze meiden Interpretationen, die den Terrorakt als unlogischen Barbarismus erklären, da dies dann dazu führen kann, die Gewalt als Sonderfall zu verstehen. Damit können sie keine psychologische Interpretation für die Phänomene des Terrorismus liefern (Guelke, 1998, S. 35; Ahmad, 2001, S. 53; Gregory, 2004, S. 1). Konträr zur medial verbreiteten Darstellung bestehen bei der Mehrheit der Terroristen gelungener und fehlgeschlagener Operationen keine Indikatoren für psychopathologische Symptome (Merari, 2005a, S. 176). Generell lassen sich bestimmte Merkmale bei den Terroristen feststellen. Victoroff fasst die Ergebnisse der psychologischen Ursachenforschung des Terrorismus wie folgt zusammen (Victoroff, 2005, S. 35):

- a) Die Terroristen besitzen hohe affektive Valenz bezüglich einer ideologischen Sache.
- b) Sie haben ein hohes Betroffenheitsgefühl, wie wahrgenommene Unterdrückung oder Demütigung, eine ausgeprägte Suche nach Identität, Rache sowie eine Neigung zur Gewalt.
- c) Beschränkte kognitive Flexibilität, beschränkte Ambiguitätstoleranz und eine Fähigkeit, Schuld von sich zu weisen.
- d) Terroristen minimieren die moralische Hemmung vor der Tötung Unschuldiger, sei es aus eigenen oder erlernten Faktoren, die individuell oder von der Gruppe stammen und von den Faktoren a, b und c gestärkt werden.

Der israelische Psychologe Ariel Merari interviewte Terroristen und ihre Angehörige, um ihre psychologischen Motive in Anlehnung an ihre emotionalen Persönlichkeitsmerkmale und das soziale Umfeld zu analysieren. Faktoren wie Rache und Wunsch nach Vergeltung sowie Einflüsse der direkten sozialen Umgebung, wie Verpflichtung gegenüber der Gruppe und Indoktrination, beeinflussen die Täter auf individueller Ebene (Merari, 2010). Das psychologische Profil von Terroristen: Sie sind gebildet, sie nehmen ein Unrecht wahr, sie glauben an die eigene Sache, sie haben fatalistische Einstellungen und glauben an die Notwendigkeit der Gewalt zur Konfliktlösung (Schubert, 2006, S. 131). Bei Selbstmordanschlägen wird der eigene Tod von den Tätern nicht als Hindernis, sondern sogar als eine Chance zur Selbstverwirklichung oder zur eigenen Erlösung wahrgenommen. Der Wunsch nach Anerkennung und Ruhm spielt dabei ebenso eine Rolle (Schubert, 2006, S. 136–138). Oft werden die Attentäter nach ihrem Tod als Helden in den eigenen Gesellschaften verherrlicht. Ferner spielt die subjektive Wahrnehmung des Israel-Palästina Konflikts eine Rolle. Bei individuellen Terroristen ist die Moral entscheidend, deshalb zielen sie auf die Verwirklichung eines subjektiven Gerechtigkeitsideals

(Wiktorovicz, 2004, S. 25). Die Neigung zur Gewalt entsteht aus dem Empfinden einer Ungerechtigkeit sowie dem Glauben an die Rechtmäßigkeit der Zielsetzung. Deshalb ist Reue unter den Terroristen selten (Schubert, 2006, S. 133–134). Chancen der Gewaltanwendung werden erhöht, wenn die Täter die Ausweglosigkeit und den Mangel an friedlichen Lösungen wahrnehmen. Die politische Psychologie stützt sich auf die These der gegenseitigen negativen kognitiven Schemata (Feindbilder) und weist Schnittstellen zu den makrotheoretischen kulturalistischen Faktoren auf. Religiöse oder kulturelle Faktoren erklären die Fortdauer des Konflikts und die Blockierung einer pragmatischen, politischen Lösung. Der Konflikt wird vielmehr als ein Identitätskonflikt in einem Null-Summen-Kampf wahrgenommen (Kelman, 2004, S. 61–62). Die dualistische Wahrnehmung zum Selbst- und Fremdbild schürt Hass und Misstrauen (Aggestam, 2002, S. 19). Im israelisch-palästinensischen Konflikt wird daher von einer „Konfliktpsychologie“ gesprochen (Avnery, 1995, S. 164).

Doch die Erklärungen der psychologischen Ansätze für den Terrorismus werden von Ergebnissen anderer Disziplinen relativiert. Zum Beispiel kritisiert della Porta die Fokussierung der frühen Terrorismusforschung auf das psychologische Profil der Täter, denn ein politisches Phänomen kann nicht mit psychologischen Faktoren erklärt werden (della Porta, 2009; vgl. Anderson und Bushman, 2002, S. 27–51). Zu den Beiträgen gehören auch Studien zur menschlichen Aggression, die auf Theorien aus der Soziologie und Psychologie zurückgreifen und diese anhand von kognitiven Lerntheorien oder Interaktionstheorien interpretieren. Auf diese Zugänge wird in diesem Forschungsvorhaben nicht eingegangen. Zusätzlich vernachlässigen diese Ansätze den politischen Wandel gegenseitiger Bilder, wie es die Datenerhebung zur öffentlichen Meinung in der Phase der Friedensverhandlungen zwischen 1991–1996 belegte. Auch kann die Einschränkung auf die psychologischen Ansätze die Heterogenität des Terrorismus nicht erfassen, da die Forschung bislang kein systemisches psychologisches Modell entwickelt hat (Victoroff, 2005, S. 39–42).

Parallel zu der psychologisch-fokussierten Ursachenforschung des Terrorismus bestehen auch rationale Erklärungsansätze, die die Gewalt als Ergebnis logischer Entscheidungsprozesse untersuchen. Der Ansatz der Rational Choice Theorie erklärt die Teilnahme des Täters an terroristischen Operationen anhand einer Kosten-Nutzen-Bilanz (Ross, 1993, S. 317). Entsprechend wägt der Terrorist die Konsequenzen ab und entscheidet sich bewusst für die Durchführung des Aktes. Das politische Kalkül eines Akteurs führt in diesem Fall zur strategischen Entscheidung, die terroristische Gewalt anzuwenden, weil sich der Terrorismus als effiziente Methode zur Durchsetzung eigener Ziele erwiesen hat (Witte, 2005, S. 156). Hier handelt es sich primär um die subjektive Rationalität des Terroristen und nicht unbedingt um den tatsächlichen Erfolg in der Erfüllung des Ziels. Nach dieser These ließe sich das Konzept eines „rationalen Selbstmordattentäters“ entwickeln, bei dem ein Selbstmordanschlag nicht nur aus irrationalen, emotionalen Persönlichkeitsmerkmalen oder religiösem Glauben an das Märtyrertum

zu erklären ist. Ein empirisches Beispiel sind die separatistischen Tamil Tiger, die für die Mehrheit der Selbstmordanschläge weltweit verantwortlich waren (Witte, 2005, S. 166). Die Integration von Theorien, die rationale und emotionale psychologische Merkmale des Terroristen untersuchen, bereichert die Forschung zu Terrorismusursachen.

Tabelle 2.5. Theoretische Erklärungsansätze der Terrorismusursachen (eigene Darstellung)

Erklärungsansätze für den Terrorismus		(Operationalisierbare)Variablen
auf Makroebene	Politische Ursachen	- Politisches Herrschaftssystem, politische Akteure und deren Interaktionen, innenpolitische und internationale Machtkonstellationen, globale Weltordnung, Zielsetzungen wie ethno-nationalistischer Separatismus bzw. Irredentismus oder nationale Sicherheit.
	Gesellschaftliche Ursachen	- sozioökonomische Faktoren (wie Armut, Bildung)
	Kulturalistische Ursachen	- religiöse oder ideologische Glaubenssätze (islamischer oder jüdischer Fundamentalismus, Nationalismus, Zionismus).
auf Mesoebene	Ressourcenmobilisierung	- Strukturelle Gegebenheiten wie Netzwerke, Unterstützungskanäle, Konfliktfähigkeit einer Gruppe, Rekrutierung, Resonanz in der Gesellschaft
auf Mikroebene	Psychologisch-emotionale Ursachen	- Relative Deprivation, Frustrations-Aggressions-Zyklus, Rache/Ausweglosigkeit, evtl. psychologische Neurosen (in beschränktem Maße)
	Psychologisch-rationale Ursachen	- Individuelles oder kollektives Kalkül

Zusammenfassend zeigt Tabelle 2.5. eine Übersicht der drei Ebenen der Erklärungsansätze für den Terrorismus. Es bestehen theoretische Überlappungen und Schnittstellen; denn einige theoretische Ansätze bedienen sich gemeinsamer Thesen. Beispielsweise kann das politische Kalkül in den makrotheoretischen Erklärungsansätzen für die organisatorische Mesoebene der Terroristengruppe relevant sein. Bisher fehlt in der Literatur ein integratives Modell, das auch die Interaktionen *zwischen* der Makro-, Meso- und Mikroebene hinterfragt (Ross, 1993, S. 318). In den folgenden Unterkapiteln werden nun die Erklärungsansätze jeweils auf den palästinensischen und den israelischen Terrorismus ausführlicher angewandt. Im Laufe der Erläuterung werden die Argumente zur Rechtfertigung terroristischer Mittel auf israelischer und palästinensischer Seite kritisch diskutiert.

2.2.1. Erklärungsansätze für die palästinensische terroristische Gewalt im israelisch-palästinensischen Konflikt

Der palästinensische Untergrundterrorismus hat Erklärungsansätze, die zwischen den säkularen, ethno-nationalistischen und den religiösen Ursachen variieren. Eine Annäherung an den Konflikt anhand seiner historischen und geopolitischen Aspekte ist von zentraler Bedeutung,

weil sie die Entstehung und Entwicklung des Untergrundterrorismus berücksichtigt. So wäre die postkoloniale Theorie relevant (vgl. Shome und Hedge, 2002, S. 253). Durch die postkoloniale Perspektive werden keine zusätzlichen kausalen Modelle suggeriert, sondern die Deutung der politischen Gewalt erweitert.

Die Erklärungsansätze der palästinensischen Gewalt umfassen drei Merkmale: a) die irredentistische Motivation, b) die Machtasymmetrie zwischen den Konfliktparteien und c) die daraus resultierende ungerechte Verhandlungsbasis. Die Entstehung der palästinensischen politischen Gewalt, einschließlich Terrorismus, hatte von Anbeginn des Konflikts eine irredentistische Motivation. Schon vor der Gründung Israels begann die Gewalt als sogenannter Widerstand gegen die zionistischen Bestrebungen und die zunehmenden jüdischen Einwanderungen. Durch die arabische Erneuerung und die islamische Reform in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts inspiriert, versuchten die arabischen und palästinensischen Intellektuellen sowie Religionsgelehrte vor einer „zionistischen Gefahr“ zu warnen (Krämer, 2002, S. 147). Die zunehmende Zahl der jüdischen Siedler war mit der wirtschaftlichen Benachteiligung der lokalen palästinensischen Bevölkerung verbunden.

Der nationale Widerstand hatte seinen Ursprung im 19. Jahrhundert, als die Kolonialisierung den arabischen Raum prägte (Kassab, 2010, S. 11). Dabei ist der arabisch-palästinensische Nationalismus nicht als eine Gegenbewegung zum Zionismus zu bewerten, sondern als „eigständige Bewegung, die ihren spezifischen Charakter allerdings im Widerstand gegen das zionistische Projekt und die britische Okkupation erhielt“ (Krämer, 2002, S. 147). Dieser kreiste, laut Krämer, um drei Motive: „die kulturstiftende und einende Kraft der arabischen Sprache, den Mythos vom arabischen Aufstand und das Trauma des europäischen Verrats.“ (Krämer, 2002, S. 147). Unter „Trauma des europäischen Verrats“ ist die Bevorzugung der zionistischen Kolonisierung Palästinas seitens der britischen Mandatsmacht zwischen 1920–1939 zu verstehen, die nach Zusammenbruch des osmanischen Reichs im Ersten Weltkrieg stattfand.

Nach der Gründung Israels in 1948 entstanden bewaffnete Gruppen, die unter den ideologischen Einflüssen des panarabischen Nationalismus und der antikolonialen Befreiungsbewegungen der 1950er und 1960er Jahre den Kampf zur Befreiung Palästinas aufnahmen (Baumgarten, 2000, S. 179–180). Frühe Formen des militanten Kampfes blieben auf das palästinensische Territorium begrenzt. Meist handelte es sich um Versuche der Vertriebenen zur Rückkehr in die Heimat oder um Lynchmorde, um die eigenen Familien zu rächen. Im öffentlichen und politischen Raum stand ein gemeinsamer panarabischer Blitzkrieg der regulären arabischen Armeen oder ein Guerillakrieg zur Diskussion (Baumgarten, 2000, S. 183). Doch Palästinenser erkannten bald die pragmatische Politik der arabischen Staaten, die trotz der aggressiven Rhetorik einen offenen Krieg mit Israel vermeiden wollten (Baumgarten, 2002, S. 178). In der Geschichte gab es keine sicherheitspolitische realistische Gegebenheit, dass Israel wirklich durch die arabischen militärischen Streitkräfte vernichtet würde (Flores, 2002, S. 54). Deshalb ergab sich der bewaffnete Kampf aus dem Druck der Eigendynamik der enteigneten und vertriebenen

palästinensischen Flüchtlinge (Baumgarten, 2002, S. 179). Dies intensivierte die „irredentistischen Gärungsprozesse“, was zu vereinzelt Operationen in den besetzten palästinensischen Gebieten führte (Hoffmann, 2011, S. 36). Nach dem Junikrieg 1967 weiteten die palästinensischen Guerillakämpfer den geografischen Schauplatz ihrer Operationen aus zwei Gründen aus: Erstens resultierte der Krieg in einem größeren territorialen Verlust, und zweitens entstand ein Gefühl der „Preisgabe seitens der internationalen Öffentlichkeit“ (Guelke, 2006, S. 11). Somit wich der Widerstandskampf von der völkerrechtlich legitimen Gewalt zur nationalen Befreiung in eine terroristische Gewalt ab, da Taktiken des Guerillakriegs in einem Umfeld von Zivilisten angewandt wurden. Palästinensische militante Gruppen erreichten durch die Ausweitung des Kampfes zwar weltweite Aufmerksamkeit, zugleich aber die moralische Verurteilung als Terroristen. Durch die Flugzeugentführung seitens der Popular Front for the Liberation of Palestine PFLP in 1968 (Guelke, 2006). Spätestens nach den Ereignissen des Schwarzen Septembers, als die palästinensischen Kader in Jordanien verfolgt und ausgewiesen wurden, musste die Palästinensische Befreiungsorganisation (Palestinian Liberation Organization PLO) aufgrund ihrer Schwächung zu anderen Mitteln greifen. Nach einer Phase von Terroranschlägen wechselte die PLO, insbesondere die mächtige Fatah ihre Strategie. In 1974 erkannte die PLO die Möglichkeit einer friedlichen Lösung mit Israel an und schlug einen Stopp der Gewalt vor. Doch weitere Splittergruppen und Dissidenten setzten den internationalen Terrorismus fort, vor allem die Gruppe ‚Schwarzer September‘ (Baumgarten, 2002, S. 74–76).

Der ethno-nationalistische Terrorismus sollte die Bedingungen für eine eigene Staatsbildung befördern oder zumindest weitreichende Autonomierechte durchsetzen. Er wird von „ethnischen Minderheiten oder unterdrückten Volksgruppen“ praktiziert.“ (Imbusch, 2006, S. 494). Israel mangelt es bei der palästinensischen Bevölkerung an Legitimität, da es als Fremdherrschaft und nicht als Ergebnis der eigenen gesellschaftlichen Entwicklung betrachtet wird. In der postkolonialen Theorie wird eine Fremdherrschaft als „latente Gewalt“ betrachtet, die Gegen Gewalt in Form von militantem Kampf provoziert (Asad, 2007, S. 47). Dies basiert auf Franz Fanons antikolonialen theoretischen Ansätzen über die Gewalt der Kolonisierten. Er beschreibt das befreiende Potenzial von Unterlegenheitskomplex und Hoffnungslosigkeit. Die Gewalt mache den Kämpfer furchtlos und gäbe ihm seine Selbstachtung wieder (Fanon 2015; Crenshaw, 1997, S. 141). Einer der Kritikpunkte an Fanon ist, dass er die Anwendung der Gewalt verherrlicht und friedliche Lösungsmöglichkeiten ausschließt (Srivastava, 2010, S. 303–304).

In diesem Kontext ist der Untergrundterrorismus eine Gewaltstrategie schwacher Gruppen, um die Mächtigen zu provozieren (Imbusch, 2006, S. 490). Von Palästinensern als Siedlungskolonialismus bezeichnet, wird Israel als permanente Aggression wahrgenommen und der Terrorismus somit als gerechte Revolte gegen ein ungerechtes Kolonialregime gerechtfertigt. Aus der neomarxistischen Perspektive ist der Terrorismus ein Symptom des „Systemungleichgewichts“ (Conteh-Morgan, 2004, S. 175). So bietet Johan Galtungs theoretischer Ansatz der strukturellen Gewalt einen Zugang für die Deutung der palästinensischen Gewalt (Galtung,

1969, S. 170). Dieser Ansatz widmet sich den Fragen der unsichtbaren oder latenten Ursprünge der Konflikte, die in politischer, ökonomischer und sozialer Ungleichheit wurzeln (Lawler, 2008, S. 84). In einem asymmetrischen Zusammenhang neigt die schwächere Partei dazu, ihre strukturellen und organisatorischen Einschränkungen in Personal oder Waffen durch schockierende Terrorakte aufzuholen, um dem Staat eine Botschaft der Herausforderung zu zeigen (Schubert, 2006, S. 117–118). Die Terroristen versuchen, das System zu ändern und ihre politische Aufnahme ins System oder die Durchsetzung ihrer Forderungen zu erzwingen (Conteh-Morgan, 2004, S. 175–176). Die erzwungene ökonomische Integration der palästinensischen Ressourcen in die israelische Wirtschaft sowie die Verhinderung einheimischer Entwicklungsinitiativen bedrohen die Existenzgrundlagen der Palästinenser. Dies ist mit einer Marginalisierung und Desintegration palästinensischer Strukturen verbunden (Dajani, 1999, S. 53). Die Asymmetrie tritt auf mehreren Ebenen in Erscheinung: aufgrund der Staatenlosigkeit der Palästinenser verfügen sie über keine reguläre Armee, was in einer Unausgewogenheit im militärischen Bereich resultiert, wie es die Qualität und Quantität der Rüstung beweist (Cordeman, 2006). Palästinensische militanten Gruppen nutzen eher irreguläre Kampfmethoden, einschließlich Terrorismus. Eine weitere Asymmetrie ist der ungerechten Verhandlungsbasis inhärent, wie es im gescheiterten Friedensabkommen klar wurde. Der Osloer Friedensprozess hat trotz seiner damaligen weltweiten Begrüßung die palästinensischen Erwartungen auf einen souveränen Staat nicht erfüllt. Die Bedingungen führten zu keiner Unabhängigkeit oder wesentlichen Verringerung der israelischen Präsenz in den besetzten Gebieten (Gee, 1998, S. 122, Beck, 2000, S. 7). Das Osloer Abkommen würde die Landfläche eines eventuellen zukünftigen palästinensischen Staates verringern (Shome und Hedge, 2002, S. 255). Israel behielt die Kontrolle über die wichtigen Ressourcen (Gewässer, Straßen, etc.), betrieb weiterhin die Politik der Landusurpation und Häuserzerstörung von Palästinensern zur Erweiterung der Siedlungen in der Westbank und Gaza. Einige Forscher bezeichnen den Osloer Friedensprozess deshalb als einen „Kapitulationsfrieden“ (Zuckermann, 2002, 35) oder als „neoliberalen repressiven Frieden“ (Bunzl, 2004, S. 22), weil er keine gerechte Grundlage für einen nachhaltigen Frieden bot.

Die terroristische Gewalt spiegelte den Status der Verhandlungen, denn die hohen Erwartungen und die unmittelbar darauffolgende Frustration hinsichtlich einer friedlichen Lösung führten zur Übernahme der Gewalt (Flores, 2002, S. 60). D. h. die mangelnden Aussichten für einen friedlichen Lösungsweg erhöhen die Wahrscheinlichkeit des Untergrundterrorismus. Dies war der Fall bei Gewaltausbrüchen während der Zweiten Intifada. Der Friedensprozess scheiterte aufgrund einer unterschiedlichen Interpretation der Prinzipienklärung sowie der schwierigen Koordination zwischen den Parteien und dem daraus resultierenden „Glaubwürdigkeitsproblem“ (Aggestam, 2002, S. 28–30). Deshalb war die Zweite Intifada, im Gegensatz zur Ersten Intifada, von oben gesteuert, weil sie im machtpolitischen Interesse des palästinensischen politischen Führers lag. Nach dem Scheitern der Camp David Verhandlungen bedurfte das politische Überleben Arafats der Gewalt, um sich innenpolitisch zu legitimieren, die Politik weiter

voranzutreiben und Druck auf die internationalen Partner zu erzeugen (vgl. Zuckermann, 2002, S. 47).

Im palästinensischen Fall kann man zusätzlich von einer innenpolitischen Machtasymmetrie sprechen. Die Machtverhältnisse innerhalb der Palästinensischen Autorität schlossen wichtige politische Akteure von den politischen Entscheidungsprozessen aus. Indem die autoritäre Herrschaft ein strukturelles Gewaltschema bildet, führt die Ausgrenzung zur Eskalierung und zur Radikalisierung der oppositionellen Gruppen, die zur Gewalt greifen, um sich zu behaupten. Die Ausgrenzung sei also für die Stärkung der substaatlichen Militanz in den muslimischen Ländern verantwortlich (vgl. Scheffler, 1997, S. 80–93; Hafez, 2003; Guelke, 2006, S. 66). Es steht fest, dass keine der arabischen Friedensinitiativen mit Israel von einer demokratisch legitimen Basis, z. B. vom Parlament, ausging. Stattdessen kamen diese vom selbstständigen Handeln der Herrscher, (z. B. in Ägypten Sadat oder in den palästinensischen Gebieten Arafat). Dies deutet auf eine Diskrepanz zwischen den Einstellungen der politischen Kultur und dem realpolitischen Kalkül der politischen Elite hinsichtlich der möglichen außenpolitischen Handlungen gegenüber Israel. Vor diesem Hintergrund fordert die Ablehnung des Osloer Friedensprozesses durch die Hamas die innenpolitische Legitimität der Palästinensischen Autorität heraus (Aggestam, 2002, S. 27). Die Gewalt ist auch gegen die eigene politische Elite gerichtet.

Die religiösen Partikularitäten wurden als kultureller Erklärungsansatz für den Terrorismus im Israel-Palästina-Konflikt erläutert (s.o. Kapitel 2.2.1). Hier spielen die islamischen Auslegungen bei der Rechtfertigung der politischen Gewalt eine Rolle. Die zunehmend religiös orientierten Argumentationsmuster der palästinensischen Führer zur Fortsetzung des bewaffneten Kampfes sind ein Grund für die Verbreitung der These eines islamistischen Terrorismus (Dalcoura, 2009, S. 125–126). Mit dem Aufstieg des politischen Islams im Nahen Osten ist eine zunehmende Islamisierung oder eine religiöse Essentialisierung des Konflikts festzustellen. Ein zentraler Kerngedanke der Ideologie der 1988 gegründeten Bewegung des Islamischen Widerstands, Hamas, ist die Wiederlegung des zionistisch-israelischen Anspruchs auf Palästina. Die 1988 erklärte Hamas-Charta beinhaltet die Befreiung „jeder Handbreite des Bodens von Palästina“, um dort einen Islamischen Staat zu errichten (Baumgarten, 2006, S. 59). Inspiriert durch Hassan El-Banna, den Gründer der ägyptischen Muslimbruderschaft, basiert die Hamas-Ideologie auf der islamischen Essenz der Palästinafrage. Damit rivalisierte sie mit der säkularen PLO. Der Dschihad bedeutet den Kampf gegen die Unterdrückung und ist die Pflicht eines jeden Muslims, wenn sein Land von seinem Feind besetzt ist (Baumgarten, 2006, S. 59). Im Artikel 9 der Charta wird Hamas explizit als palästinensische Bewegung dargestellt.

Als mit der Ersten Intifada im Jahr 1989 Hamas die militärischen Operationen ausweitete, erklärte Israel im Juni 1989 Hamas offiziell zur Terrororganisation, wonach allein die Mitgliedschaft eines Individuums zu dieser für einen Haftbefehl genüge (Baumgarten, 2006, S. 78–79).

Hamas wird von der unabhängigen Forschergruppe International Crisis Group als „irredentistische Terroristen“ kategorisiert (International Crisis Group, 2005). Anders als die „transnationalen Terroristen“, wie Al-Qaida, knüpft Hamas die Zielsetzung in ihrer Charta konkret an die Befreiung Palästinas von den Juden. Die Bezeichnung von Hamas als terroristische Gruppe soll ihre Rolle innerhalb der palästinensischen Gemeinschaft als soziale Bewegung und politische Partei und ihre entsprechenden Aktivitäten nicht reduzieren (Wiktorowicz, 2004, S. 22). Bei Hamas steht, im Unterschied zu einer apokalyptischen Weltanschauung, das Ziel der Befreiung Palästinas im Mittelpunkt. Der militante Kampf nimmt die geografischen und historischen Dimensionen des Palästinakonfliktes an (Baumgarten, 2006, S. 60). Es existieren innerhalb der Hamas-Bewegung radikale sowie moderate Lager. In diesem Zusammenhang ist die Frage interessant, wie sich die Unabhängigkeitsbemühungen diverser islamistischer Akteure vom ursprünglich legitimen, antikolonialen Rahmen zum illegitimen Terrorismus verwandelten. Historisch entstand der Islamismus als Antwort zum europäischen Kolonialismus. Das islamistische Programm wird dezidiert als Alternative zur Postmoderne artikuliert (Schröter, 2010, S. 148). Entsprechend ist die Besatzung Palästinas eine Motivation für die militante und terroristische Gewalt islamistischer Gruppen (Lüders, 2001). Radikale Auslegungen für das Märtyrertum gewinnen an Zulauf, da dadurch die Hemmschwelle zur Tötung von Zivilisten sowie die Angst vor dem eigenen Tod bei Selbstmordanschlägen überwunden wird, denn im Islam sind Selbstmord und ungerechtfertigte Tötung streng verboten (Schneiders, 2006, S. 68–70).

Mehrere Argumente relativieren die religiöse Interpretation des Untergrundterrorismus im israelisch-palästinensischen Konflikt. Eine Aufteilung der Konfliktparteien nach Religionszugehörigkeit setzt voraus, dass alle Anhänger einer Religion eine identische Lösung befürworten. Doch dies vernachlässigt Binnendifferenzen und die Arbeit muslimischer sowie jüdischer Friedensaktivisten. Die Reduktion der Gewaltursache auf kulturelle Einflussfaktoren bleibt in einer Spirale von „dichotomer Epistemologie“ westlicher und islamischer Selbst- und Fremdwahrnehmung verhaftet (Schröter, 2010, S. 146). Dabei ist der israelisch-palästinensische Konflikt in erster Linie ein territorial-zentrierter, politischer Interessenkonflikt. Der Konflikt „sui generis“ mit seinen heutigen Konstellationen ergab sich vor allem aus „den Zielen des Zionismus und aus den Bedingungen, die er in Palästina vorfand. Mit dem Verhältnis zwischen dem Westen und der islamischen Welt hatte das nichts zu tun.“ (Flores, 1997, S. 163). Die Konfliktparteien legitimieren sich durch die Religion, um Anhänger mobilisieren zu können, sodass die „nationale Dynamik des Konflikts“ von dem religiösen Diskurs überschattet wurde (Flores, 2002, S. 61; Wiktorowicz, 2004, S. 26). Religiöse Ansätze können beispielsweise allein nicht erklären, warum der Terrorismus aufgrund religiöser Überzeugung erst ein modernes Phänomen ist und nicht früher eingetreten ist. Jüdische Minderheiten lebten lange in Gesellschaften mit muslimischer Mehrheit (Krämer, 1983, S. 36–65; Rosen, 1972, S. 435–449). Die These des religiösen Terrorismus wird ferner durch die historischen Anfänge und die Entwicklung der

palästinensischen Gewalt relativiert. Der frühe PLO-Widerstand war von den Befreiungsbewegungen der Dekolonisierungsära der 1960er inspiriert. Die ursprüngliche Bezeichnung eines Kämpfers war Feday'i (arabisch für „der sich Aufopfernde“) und nicht Märtyrer (arabisch: „Shahid“, vgl. Baumgarten, 2006). Ferner stellte Merari fest, dass der religiöse Fanatismus weder erforderlich noch ausreichend für die Ausübung von Selbstmordanschlägen ist; denn ein Drittel der Anschläge in der Zweiten Intifada wurde von den säkularen Organisationen Fatah und PFLP organisiert (Merari, 2005b, S. 438). Doch eine Islamisierung des palästinensischen Nationalismus durch das Einfließen religiöser Symbolik fand statt. Die Zweite Intifada, die auch Al-Aqsa-Intifada genannt wird, stellt einen wichtigen historischen Moment dar, der die Sichtweise und die Ausdrucksformen durch die islamische Überzeugung der beteiligten Akteure stark beeinflusste, was aber an der Dynamik des Konflikts nicht viel änderte (Flores, 2002, S. 61).

Dies soll jedoch den Einfluss der Religion nicht komplett negieren, sondern eher ihren Einfluss vor dem politischen Hintergrund des israelisch-palästinensischen Konflikts interpretieren. Die Dschihad-Rhetorik ist Ergebnis langfristiger Polarisierungs- und Radikalisierungsprozesse, die sich primär aus der politischen Exklusion und Repression islamistischer Kräfte ergaben (Hafez, 2003; Guelke, 1998, S. 43). Die Religion besitzt bei den Palästinensern ein stärkeres Rechtfertigungspotenzial für den Terrorismus gegen Zivilisten (Firsch und Sandler, 2004, S. 94). Die Religion befindet sich daher auf der Rechtfertigungsebene, nicht auf der Mobilisierungsebene, denn die ursprüngliche Mobilisierung entstammt dem Wunsch, die politischen Verhältnisse zu ändern. D. h. die Religion kann rhetorische Stützpunkte liefern, die die terroristischen Mittel im Befreiungskampf legitimieren (Hafez, 2009a, S. 220). Damir-Geilsdorf erklärt (2008):

„Die Ursachen für islamisch legitimierte Gewalt sind äußerst vielschichtig und von Fall zu Fall unterschiedlich, sicherlich liegen sie aber nicht in einer Gewalt fördernden Beschaffenheit des Islam. Die Ideologisierung und Instrumentalisierung des Islam und auch eines islamischen Märtyrerkonzepts für politische Zwecke entstehen nicht aus dem luftleeren Raum und aus islamischen religiösen Quellen als Texte „an sich“, sondern im Zusammenhang mit gegenwärtigen Problemlagen wie der Verweigerung grundlegender Rechte und gravierender sozialer Ungleichheiten, aber auch gewachsenen Wahrnehmungs- und Deutungsmustern sowie dichotomischen Feindbildkonstruktionen.“

Eine weitere kulturalistische Interpretation des Terrorismus führt ihn auf ein kollektives Gefühl der Demütigung der Palästinenser zurück. Die arabisch-islamische Kultur mit ihrer Fokussierung auf die Scham bzw. Ehre, treibt die Akteure in die terroristische aufständische Gewalt, um Würde und Ehre zu bewahren. Die Erniedrigung wird instrumentalisiert, um der Widerstandsideologie Kraft zu verleihen (Landes, 2007, S. 177). Ähnlich dient die These der „arabischen Misere“ zur Erklärung der Gewalt muslimischer Akteure (Flores, 2008a, S. 181–182). Die arabische Bevölkerung nimmt die regionalen Ereignisse und politischen Geschehnisse

durch ein Prisma der individuellen und kollektiven Erniedrigung und des Zorns wahr. Der sogenannte arabische Frühling, d. h. die arabischen Aufstände gegen die autoritären Herrscher in Tunesien, Ägypten, Libyen, Jemen und Syrien seit 2010, brachten mit sich zunächst eine euphorische Stimmung, da die Massenmobilisierung tatsächlich die Diktatoren stürzte. Die Entwicklungen sprachen zunächst gegen die These einer entmachteten Öffentlichkeit. Doch die regionale Dynamik entwickelte sich nicht zum Positiven hin: die erhofften Entwicklungen brachten nicht unbedingt eine demokratische Transformation mit sich, sondern Konflikt, Bürgerkrieg sowie den Weiterbestand der sozioökonomischen Probleme (vgl. Lynch, 2014, S. 7; Asseburg und Wimmen, 2015).

Weitere soziale Phänomene schwächen die Allgegenwärtigkeit der kulturalistischen Erklärungen für den Terrorismus, die ihn auf die Religion oder die Kultur zurückführen. Zum Beispiel bleiben die Mehrheit der palästinensischen Bürger Israels gesetzestreue Bürger, die trotz ihres palästinensischen Hintergrundes keine Attentate verüben. Dies führt auf die Sozialisationsprozesse sowie die relative Deprivation und das kollektive Unterdrückungsgefühl in den besetzten Gebieten. Der soziale Druck auf die Individuen löst ebenso Terrorismus aus (Schneiders, 2006, S. 176-177). Erfolgreiche Märtyreroperationen bringen Ruhm und Ehre für die Täter, sie werden in die Geschichte des Widerstands aufgenommen und verewigt.

Auf der Mesoebene wird der palästinensische Untergrundterrorismus durch verschiedene Faktoren bestärkt. Gerade für die islamistisch gerechtfertigte terroristische Gewalt liefern beispielsweise die Moscheen als intensive Versammlungsorte eine weitere strukturelle Ressource, die zur Gewalt mobilisiert. Der erwähnte „Blowback Faktor“ ist in der Entstehung der Hamas nachzuvollziehen. Die Aktivitäten der Islamisten wurden von den israelischen Sicherheitsbehörden nicht gehemmt, um den Einfluss der säkularen Befreiungsbewegungen wie PLO einzudämmen. Ein weiterer relevanter Faktor ist der Aktions-Reaktions-Mechanismus der Terrorismus- und Anti-Terrorismus-Bekämpfungen. Die terroristische Akte wird von einer konkreten repressiven Sicherheitsmaßnahme ausgelöst. Der Gewaltzyklus nimmt die Form eines ‚Vendetta-Terrorismus‘ oder einer Lynchjustiz an (Perdue, 1988, S. 27). Tatsächlich wurden mehrere palästinensische Anschläge durch Kollateralschäden israelischer Bombenangriffe oder gezielte Tötungen provoziert, die die israelischen Besatzungstruppen und Siedler an Zivilisten verübten. Der erste Selbstmordanschlag von Hamas auf einen Linienbus in Afula 1994 fand als Vergeltung für das im Februar 1994 stattfindende Hebron-Massaker statt. Der Mangel an Konsequenzen für israelische Kriegsverbrechen sowie das Weiterbestehen sicherheitsorientierter Anti-Terrorbekämpfungsmaßnahmen unterstützt diese „Eigendynamik“ (Imbusch, 2006, S. 516) und erhöht die Resonanz in der palästinensischen Bevölkerung. Entsprechend bemerken Wissenschaftler eine „dialektische Beziehung“ zwischen dem sub-staatlichen Terrorismus und der staatlichen Repression (Galtung, 1989, S. 14). Übertriebene und harte Maßnahmen des Staates radikalisieren

die Revolte, verengen den politischen Handlungsspielraum und drängen die Akteure zur Gewalt (Wiktorowicz, 2004, S. 22).

Auf mikrotheoretischer, psychologischer Ebene erfüllen die Attentate individuelle Bedürfnisse der Rache und Vergeltung bei den Terroristen (Merari, 2005a, S. 175). Die psychologische Symbolik der Attentate, vor allem im Kernland Israel, aber auch in den am 4. Juni 1967 besetzten Gebieten (also Westbank und Gazastreifen), ist nicht zu unterschätzen. Für das palästinensische Publikum beweisen die Anschläge das Scheitern Israels, seine Bürger zu schützen. Deshalb geben diese somit den Palästinensern ein Gefühl der politischen Stärkung, da sie als Akteure die Staatsautorität erfolgreich herausfordern konnten und somit ihre Forderungen durchsetzen konnten (Crenshaw, 2010, S. 465). Nach der Rational Choice Theorie steckt hinter den Anschlägen zusätzlich eine strategische und taktisch kalkulierte Zielsetzung. Terrorismus während Phasen der Friedensverhandlungen versucht, die Machtverhältnisse zugunsten der schwächeren Partei zu verlagern (Donohue und Hoobler, 2002, S. 67). Somit haben die Anschläge eine gewisse „Funktionalität“ (Gambill, 1998, S. 59) für die Terroristen. Palästinensische Anschläge zielten vor dem Oslo-Abkommen darauf ab, Aufmerksamkeit und Anerkennung durch Gewalt zu erreichen (Guelke, 2006, S. 11). In den 1960er und 1970er Jahren sollte die internationale Aufmerksamkeit auf die Palästinafrage gelenkt werden und somit ein größeres Interesse für die Konfliktlösung erzwingen. Damals machten die Palästinenser es für alle Parteien schwierig, ihre Forderungen zu ignorieren (Stohl und Lopez, 1984, S. 11). Inspiriert vom politischen Erfolg der Hisbollah Operationen nutzten die palästinensischen militanten Gruppen in der Zweiten Intifada die Selbstmordanschläge intensiv, um eine Kursänderung der US-Vermittlungsrolle sowie der Politik Israels zu bewirken (Guelke, 2006, S. 64). Da die palästinensische Anwendung terroristischer Gewalt von partieller Wirksamkeit war und in einigen Fällen sogar die politischen Geschehnisse beeinflusste, blieb sie weiterhin Teil des Repertoires der Terroristen.

Für den palästinensischen Terrorismus greifen die Erklärungsansätze auf mehreren Ebenen. Makrotheoretisch liefert die postkoloniale Theorie plausible Erklärungen für die Gewalt: Die historische Entstehungsgeschichte des Konflikts durch die Vertreibung der Palästinenser und die einseitige Staatserklärung Israels sowie Machtasymmetrie erklären den irredentistischen bewaffneten Kampf. Dazu kommt die wahrgenommene Ausweglosigkeit einer friedlichen Lösung, was den Einsatz der Gewalt bestärkt. Kulturalistische Wahrnehmungsmuster auf Makroebene und sozioökonomische Faktoren spielen weiterhin eine Rolle, dennoch besagt dies keinen kausalen Zusammenhang zwischen Armut und Gewalt. Die Mesoebene, die die strukturellen Ressourcen für die Gewalt betont, spielt in den palästinensischen Gebieten eine Rolle. Rekrutierungsmöglichkeiten durch die Netzwerke, die in den Moscheen existieren, können ebenso den Terrorismus erklären. Lokale Meinungsführer wie Religionsgelehrte liefern religiös

argumentierende Rechtfertigungen. Relevant ist die gesellschaftliche Resonanz, die die politische Gewalt der palästinensischen Untergrundgruppen findet. Auf der mikrotheoretischen Ebene erklären die psychologisch-emotionalen und rationalen Ursachen die Gewalt, wie z. B. die Frustrations-Aggressions-Muster und das individuelle Kalkül der Kosten und der Vorteile. Abschließend kann man sagen, dass die Ursachen für den Untergrundterrorismus im israelisch-palästinensischen Konflikt integrativ zu verstehen sind. Im Folgenden werden die Erklärungsansätze für den israelischen Staatsterrorismus angewandt.

2.2.2. Erklärungsansätze für den Staatsterrorismus im israelisch-palästinensischen Konflikt

Untergrund- und Staatsterrorismus haben gemeinsam, dass die Gewalt auf die Zivilisten als Druckmittel auf die Bewahrer des Status quo dient. Der Staatsterrorismus unterscheidet sich als Akteur, denn hier fügt eine staatliche Organisation den Schaden einem Individuum oder einer Gruppe zu, um eine Verhaltensänderung oder Abschreckung zu erzielen. Die staatliche Gewalt verwandelt sich von der legitimen Sicherheitsfunktion in illegitimen Terrorismus. Generell ist Staatsterrorismus demokratischer Staaten unterforscht, deshalb werden hier die Erklärungsansätze für die staatliche illegitime Gewalt vorsichtig skizziert. Dabei bedienen sie sich multidisziplinärer Ansätze aus Politik, Soziologie, Psychologie und Nahostgeschichte. Die Erklärungsansätze für die Ursachen des Staatsterrorismus werden auch hier auf der Makroebene erarbeitet. Da es sich beim Staatsterrorismus um einen institutionellen Akteur handelt, scheinen Ansätze für die Erforschung der sozialen Bewegungen auf Mesoebene oder psychologischer Mikroebene nicht geeignet zu sein.

Auf Makroebene erklärt die politische Ebene die staatsterroristischen Akte am besten. Demokratische Länder stecken in einem Dilemma, wenn sie ihre nationale Sicherheit mit repressiven Sicherheitsmaßnahmen verteidigen. Enders und Sandler schildern es wie folgt: a) Reagiert der Staat zu schwach oder passiv gegen die Sicherheitsgefahr, so stellt er seine eigene Legitimität in Frage, weil er das Leben seiner Bürger nicht schützen kann; b) Reagiert er zu streng, kann dies zu Sympathie für die Terroristen oder zu deren Unterstützung führen (Enders und Sandler, 2011, S. 27).

In den wenigen Studien, die die Ursachen für die staatsterroristische Gewalt untersuchen, führen die Forscher das Phänomen oft auf die internationalen Konflikte zwischen Dissidenten und undemokratischen Systemen zurück. So werden repressive Ausschreitungen des Polizei- und Militärpersonals als eine Ursache für staatlichen Terrorismus gewertet. Doch della Porta und Reiter meinen, dass auch demokratische Systeme Urheber staatlichen Terrorismus sein können, wenn die Sicherheitsapparate ebenso überproportional und repressiv handeln. Hier besteht jedoch die Besonderheit, dass die Regierung sensibler für die öffentliche Meinung ist (della Porta und Reiter, 1998b, S. 4).

Da Israel als ein Land ist, das aus „historisch gestaffelten Einwanderungswellen“ (Timm, 2008, S. 13) entstanden ist, und dessen Grenzen und Territorium bislang wegen der Besetzung palästinensischer und syrischer Gebiete ungeklärt sind, gilt Israel als ein „unsettled state“ (Ron, 2003, S. xix–ix). Die Einstufung der staatlichen Gewalt Israels gegenüber Zivilisten findet deshalb keinen Konsens: während in sicherheitsorientierten Analysen die Rede von dem Überlebenskampf Israels die Rede ist (Goodmann, 2011), sprechen wissenschaftliche Analysen der politischen Gewalt von bürgerkriegsähnlichen Verhältnissen (Tilly und Tarrow, 2007), und zuletzt schreibt die neomarxistische Literatur über eine expansive Besatzungspolitik Israels, deren Gründung einem Genozid der Palästinenser gleicht (Pappé, 2006). Der Dauerkonflikt begünstigt das Verüben staatsterroristischer Gewalt, die in einem kriegsähnlichen Kontext mit systematischen Verbrechen gegen eine zivile Bevölkerung verübt wird (Selden und So, 2004, S. 9). Da der israelische Staatsterrorismus gegen Palästinenser von der israelischen Öffentlichkeit nur beschränkt verurteilt wird, ist die israelische Demokratie in der Hinsicht nicht angreifbar. Im Gegenteil, die exzessive Gewalt wird im patriotischen Sinne verteidigt.

Die Rechtfertigung israelischer Gewalt basiert auf dem Komplex aus dem zionistischen Nationalismus, der Militarisierung der Gesellschaft und der Geschichte der Juden. Der zionistische Nationalismus gilt als die Denkweise und Ansammlung von Glaubenssätzen, die die Welt aus der Sicht der jeweiligen Akteure wahrnehmen und Handlungen deuten. Wie Terrorismus ist auch der Zionismus ein umkämpfter Begriff, denn er ist selbst ein Beispiel für einen doppeldeutig interpretierten Begriff, der je nach Perspektive gelobt oder verurteilt wird. Für die Befürworter ist der Zionismus eine „nationale Emanzipation“, die den Juden eine nationale Heimstätte gab (Zuckermann, 2002, S. 40). Die zionistische Bewegung ist als Reaktion auf die Judenfeindlichkeit in Europa entstanden und wurde formell nach Herzls Buch „Der Judenstaat“ institutionalisiert (Bregman, 2003). Der Zionismus samt seinen zahlreichen Strömungen und Widersprüchen gilt als Befreiungsbewegung, die ihre Ziele verwirklichen konnte (vgl. Zuckermann, 2002, S. 37–40). Während des britischen Mandats in Palästina haben die Zionisten die jüdischen Siedlungsprojekte als nationalen Imperativ zur Sicherung der Staatsgründung genutzt. Die Bewegung nutzte nicht nur säkular-zionistische, sondern auch jüdisch-religiöse Argumente, um Anspruch auf das Land zu erheben. Die Staatszugehörigkeit zu Israel ist also a priori durch das Jude Sein festgeschrieben (Zuckermann, 2002, S. 37). Die religiöse Symbolik spielt eine große Rolle, denn das Festhalten am jüdischen Charakter Israels wird von seinen Politikern als überlebenswichtig angesehen, vor allem im „Zeitalter der Globalisierung und der „Ent-Ideologisierung“ der nationalistischen Basis moderner Staaten (Theodore, 2004, S. 205). Entsprechend werden die Siedlungen als Symbol betrachtet, nicht nur als Ausdruck religiöser Eiferer, sondern auch als Anspruch auf das Land Eretz Israel (Shahak, 2004).

Doch von seinen Gegnern wird der Zionismus als ein koloniales Projekt angesehen, das gegen das Selbstbestimmungsrecht der palästinensischen Bevölkerung verstößt, da es eine Quelle struktureller oder physischer Gewalt gegen Zivilisten darstelle. Laut Bishara ist Israel mehr als

nur ein koloniales Projekt: es ist mehr als die Überseekolonien westlicher Demokratien und mehr als nur ein Apartheid-Staat; Israel sei eine Mischung aus beidem: nämlich ein ‚koloniales Apartheidsystem‘ (Bishara, 2005, S. 23–25). Im Jahre 1975 hat die Organisation der Vereinten Nationen sogar den Zionismus aufgrund seiner fortlaufenden Judaisierung Palästinas als rassistisch verurteilt, da er eine Form von Apartheid unterstütze (Rokach 1980: 27). In der Geschichte Israels wurden die Bürokratie, die Exekutive und die Sicherheitsapparate des Landes von einer nationalen Gruppe vereinnahmt, die die eigene demographische und militärische Überlegenheit sichern wollte, und dabei die Palästinenser im Land benachteiligt (Ron, 2003, S. xix). Zu den Zielen und dem Schutz des jüdischen Staats gemäß dem Zionismus schreibt Flores (1997, S. 163):

„Die zionistische Bewegung und die israelischen Staatsführungen hatten durchaus eigene Interessen, die ihnen stets die Leitlinie ihres Handelns vorgaben: die Zusammenführung möglichst vieler Juden in Palästina, die Gründung eines jüdischen Staats dort und, als er einmal gegründet war, seine Behauptung in der Region. Die Verfolgung dieser Eigeninteressen determinierte die Art der Auseinandersetzung mit den arabischen Bewohnern Palästinas und, vor allem nach 1948, den arabischen Staaten.“

Die politische Elite Israels spielt eine entscheidende Rolle bei der Förderung des Bewusstseins, das auf die geopolitische Sicherheit fokussiert. Dieser Diskurs „mobilisiert“ die Aufspürung von Plänen, die die nationale Entwicklung destabilisieren oder Feinden helfen (Lopez, 1984, S. 67). Die Arbeitsweise der israelischen nationalen Polizei wurde größtenteils von den sicherheitsbetonten, nationalen Interessen definiert. Sie fokussiert auf die politischen Gegner des Staates, löst Sicherheitsprobleme gegen die Feinde, übernimmt die Funktion der Grenzpolizei, ist nach dem militärischen Modell zentralisiert und zeigt Züge der Militarisierung (Shadmi, 1998, S. 218–220). Zusätzlich zählt der Militarismus der israelischen Gesellschaft zu den Hauptquellen der staatlichen Gewalt gegen Palästinenser (Timm, 2008, S. 22), indem er die Werte, Psychologie, Wirtschaft und Politik in der Nation durchdringt. Heutzutage gilt Israel als eine militarisierte Gesellschaft, in der die Armee eine zentrale Rolle spielt und eine hohe, identitätsstiftende Stellung einnimmt (Pappé, 2007, S. 138). Sichtbare Manifestationen der Militarisierung Israels umfassen konkret die zunehmende politische Rolle des Militärs, die zunehmende Rüstung, die Entwicklung einer militär-gekoppelten Industrialisierung, die geänderte Vorstellung vom Rechtsstaat, die maßgebliche Rolle der Gewalt in der Politik (Lopez, 1984, S. 67). Der Militarismus unterstützt die prävalenten Sicherheitsdiskurse in der Öffentlichkeit und in der Politik, um die Gewalt gegen Palästinenser seit der Staatsgründung zu rechtfertigen. Durch die Judenverfolgung in Europa entstand eine „sieg mentalität“ (Dor, 2005), die der Sicherheit einen zentralen Stellenwert für die Gründung der jüdischen Heimstätte gab. Die ersten Gewaltvorfälle zwischen der palästinensischen und der jüdischen Gemeinschaft entstanden vor der Gründung Israels. Die arabischen Proteste gegen die Judaisierung Palästinas, vor allem die Aufstände in 1929 und 1936, wurden als Anlass für die notwendige „Gegengewalt“ dargestellt (Lewan, 1993, S. 71). Über die Staatsgründung hinaus hat die israelische Armee eine offensive

Politik gegenüber den Nachbarn Israels und internen Kritikern des Zionismus angewandt (Pappé, 2007, S. 139). Hinzu kommt der permanente Kriegszustand seit der Staatsgründung, der dem Militär eine übergeordnete Position im politischen Entscheidungsprozess gegeben hat (Perdue, 1989, S. 156). Die Armee dient der Integrationsförderung und Gemeinschaftsbildung. Die militärische Instanz genießt hohes Vertrauen bei der israelischen Öffentlichkeit und ihrem Einsatz für den Schutz des Landes wird Dankbarkeit entgegengebracht. Das israelische Sicherheitsparadigma dient der Ausübung der expansiven Macht. Es basiert auf zwei Prinzipien: auf moralischer (religiöser) Autorität und dem Prinzip der Härte „iron fist“ (Perdue, 1989, S. 156). Israel verfolgt eine Politik der „cumulative deterrence“, wo der abschreckende Einfluss zahlreicher Einsätze von beschränkter Gewalt benutzt wird, um die Araber von der Sinnlosigkeit ihres Strebens nach der Zerstörung Israels zu überzeugen“. Diese Strategie soll die Araber davon abschrecken, Kriege zu initiieren (Maoz, 2006, S. 232).

Parallel dazu treibt das Holocaustnarrativ und seine Symbolhaftigkeit den Schutz Israels an, um ein erneutes Opfersein im israelischen Kollektiv zu verhindern. Das Sicherheitsprimat eint ferner die jüdische Bevölkerung Israels durch den äußeren Feind, der „manchmal geschichtlich instrumentalisiert wird, indem man die im Holocaust kulminierende Leidensgeschichte des Judentums immer wieder ins Bewusstsein ruft und ideologisiert.“ (Zuckermann, 2002, S. 46). Das Primat des Sicherheitsdiskurses entsteht aus den Wechselwirkungen zwischen der Angst und der Hegemonie des Sicherheitsprinzips im israelischen Diskurs. Die Lehre aus dem Holocaust für Israel heißt, nie wieder zum Opfer zu werden. Der sozial und politisch konstruierte Holocaust-Diskurs gilt als Gründungsrationale für den Staat der Juden und ist stets präsent in der Gegenwart Israels. Ferner dient er als Begründung für die Aufrüstung der militärischen Macht und als Rechtfertigung für ihren wiederholten Einsatz (Bar-On, 2004, S. 19). Die Fokussierung auf die sicherheitsorientierten Gegenmaßnahmen und die historische Erfahrung und die daraus entstandenen Ängste erklären die Härte, Rigorosität sowie die Überproportionalität der israelischen Staatsgewalt (Jackson, 2007, S. 420–424). Die Angst vor einem erneuten Opfersein beruht auf bestimmten Argumenten, die die Staatsgewalt an der palästinensischen Bevölkerung rechtfertigt (Lozowick, 2006, S. 7–9). Zu den Kernargumenten zählt Folgendes:

- Die Artikel in der PLO-Charta und der Hamas-Charta betonen, dass die Palästinenser das Existenzrecht Israels an sich negierten. Es sei nicht nur eine Frage der umstrittenen Grenzen.
- Die Gewaltanwendung sei durch die moralische Zwangslage des jüdischen Staats gerechtfertigt. Die Gewalt sei notwendige Selbstverteidigung gegen den palästinensischen Untergrundterrorismus. Die israelischen Medien stellen die israelische Gewalt entweder als äußerst notwendig oder als geringfügig dar (Ben-Shaul, 2006; Dor, 2005). Die Herabsetzung des Feindes oder die Übertreibung der palästinensischen Gefahr überwindet die moralische Hemmung bei der Tötung von Zivilisten.

- Die zionistischen Maximalisten betrachten die Friedensverhandlungen als eine Ablehnung des Zionismus und Schwäche. Dies bewege die Araber und die Palästinenser dazu, Israel anzugreifen.
- Der Kampf gilt als kulturell-religiös und nicht als territorial-politisch. Bei dieser Deutung gilt der sogenannte „islamistische Terrorismus“ als eine Gefahr. Der politische Konflikt wird entterritorialisiert und entkontextualisiert. Die israelischen Streitkräfte hatten nach den Anschlägen des 11. September 2001 die eigenen Repressionen als Terrorismusbekämpfung legitimiert (Gregory, 2004, S. 106).

Die Rechtfertigung der israelischen Gewalt gegen palästinensische Zivilisten basiert zusätzlich auf der Legalisierung illegitimer Folter- oder Repressionsmaßnahmen gegen Palästinenser (Reporters without Borders, 2003, S. 113) sowie der Schwierigkeit, zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten in den eng besiedelten, besetzten palästinensischen Gebieten zu unterscheiden.

Die arabische Seite betont das Gegenargument, dass die Verschiebung der Schuld des Holocausts auf die Araber und Muslime die geschichtlichen Ereignisse vernachlässigt, bei denen die Juden unter dem „antisemitischen christlichen Nationalismus litten“ (Grinberg, 2009, S. 114). Die arabischen Juden erlebten keine vergleichbare Vernichtung unter arabischer oder muslimischer Herrschaft.

Doch der internationale politische Kontext, in dem die Angst vor dem Terrorismus herrscht, begünstigt die israelische staatsterroristische Gewalt. Ein Staat ist besonders „anfällig“, terroristische Mittel einzusetzen, wenn er keine negativen Konsequenzen riskiert (Selden und So, 2004, S. 11). Tatsächlich bestehen bislang keine Sanktionen gegen israelische Kriegsverbrechen, unverhältnismäßige Gewaltanwendung oder Besetzung palästinensischer Gebiete, die Israel seit 1967 aus ökonomischen Vorteilen, militärischen Erwägungen und nationalistisch-religiöser Motivation kontrolliert (Flores, 1997, S. 166). Zudem hindert die rechtsorientierte Regierung die politischen oder diplomatischen Annäherungen, solange palästinensische Gewaltakte stattfinden (Bar-On, 2004, S. 17). Die israelischen Maßnahmen gegen die Palästinenser bewirken keinen Druck auf die israelische politische Elite, da die Öffentlichkeit sich nicht gegen diese Abschreckungs- und Vergeltungspolitik positioniert. Flores nennt dies „Gewohnheit und die Gleichgültigkeit der Israelis“ (Flores, 1997, S. 167). Außerdem ist die israelische Bevölkerung daran gewöhnt, die Gebiete als integralen Bestandteil Israels zu sehen (Rokach, 1980, S. 14). Hinter den staatlich verübten Gewaltakten gegen die Palästinenser steht pragmatisches politisches Kalkül. Zu dessen Zielen zählt die Vereitelung der Friedensverhandlungen mit den Palästinensern, die seitens der zionistischen Maximalisten eine „Relativierung“ des jüdischen Staats bedeuten (Rokach, 1980, S. 24). Der dauerhafte Alarmzustand stärkt das Establishment und erleichtert die Duldung von Sicherheitsvorkehrungen und Menschenrechtsverstößen. In seinen publizierten Tagebüchern bestätigte der ehemalige Premierminister Moshe Sharret: „It is necessary to convince our young people that we are in danger [...] to remain as

combative people“ (Rokach, 1980, S. 20). Der entstandene Aktion-Reaktion-Mechanismus aus Gewalt und Gegengewalt führt zum Fortbestehen des Gewaltzyklus zwischen den beiden Konfliktparteien. In den letzten Jahren hat der Sicherheitszaun sowie die inner-palästinensische Schwäche und Konkurrenz die Zahl der Anschläge auf Israel gesunken.

Zusammenfassend kann man sagen, dass der israelische Staatsterrorismus als Abschreckungspolitik gegen die Palästinenser gerichtet ist, weil sie als nationale Sicherheitsgefahr wahrgenommen werden. Die Makroebene ist besonders relevant zur Erklärung der staatlich verübten politischen Gewalt. Denn das Zusammenspiel aus dem zionistischen Nationalismus, der Wahrnehmung der Holocaustvergangenheit sowie der Prävalenz der Sicherheitsdiskurse sind in der israelischen Politik und Öffentlichkeit fest verankert. Da es sich nicht um die Anwendung exzessiver Gewalt gegen die eigenen Bürger, sondern gegen einen äußeren Feind handelt, widerspreche die illegitime politische Gewalt nicht den eigenen israelischen demokratischen Werten, so das Credo. Die Militarisierung der Gewalt sowie populistische Aufrufe der politischen Elite zur nationalen Sicherheit erklären die politische und militärische Härte, die Israel anwendet. Internationale Faktoren wie die Machtasymmetrie sowie die fehlenden Konsequenzen für Israels repressive Politik erklären das Fortbestehen der illegitimen politischen Gewalt. Die Meso- und Mikroebene sind beim Staatsterrorismus ausbaufähig. So kann man am Beispiel Israels den Einfluss bestimmter politischer Führer auf den Staatsterrorismus im Rahmen der Macht- und Elitetheorie untersuchen.

Zum Schluss bedarf die Lösung der terroristischen Gewaltfrage staatlicher und substaatlicher Akteure der Erkenntnis des Problems. Die Verengung der Wahrnehmung auf die Terrorismusschiene verfehlt den eigentlichen Kern des israelisch-palästinensischen Konflikts, der aus dem asymmetrischen politischen Konflikt stammt. Militärische und polizeiliche Interventionen allein bieten keine langfristige Lösung für den Untergrundterrorismus, solange der Ursprung des Konflikts nicht angesprochen wird. Im Umkehrschluss kann man argumentieren, dass das Nichtbefolgen einer politisch orientierten Lösungsstrategie und die gleichzeitige Übernahme von Sicherheitsstrategien und repressiven Maßnahmen die Fortdauer des Terrorismus erklären kann. Zur Bekämpfung bedarf es einer radikalen Umorientierung von der Macht- zur Prinzipien- und Rechtspolitik gegenüber der islamischen Welt (Hafez, 2009,b, S. 20).

Tabelle 2.6. fasst die theoretischen Erklärungsansätze für den Untergrundterrorismus und den Staatsterrorismus zusammen. Sie zeigt, dass die Ursachen für Untergrundterrorismus und Staatsterrorismus auf mehreren Ebenen anwendbar sind. Diese Erkenntnis ist für dieses Forschungsvorhaben wichtig, weil sie als Matrix für die qualitative Rekonstruktion der Medienframes dienen.

Tabelle 2.6. Anwendung der theoretischen Erklärungsansätze am Untergrundterrorismus und den Staatsterrorismus im Vergleich

Erklärungsansätze für den Terrorismus		Untergrundterrorismus	Staatsterrorismus
auf Makroebene	Politisch	Irredentischer Nationalismus	zionistischer Nationalismus
	Soziologisch	Armut, Bildung, Ausweglosigkeit	Militarisierung der Gesellschaft, Sicherheitsdiskurs
	Kulturalistisch	Fanatismus, religiöse Glaubenssätze	Fanatismus, religiöse Glaubenssätze
auf Mesoebene	Ressourcenmobilisierung	Netzwerke, Rekrutierung	institutioneller Akteur
auf Mikroebene	psychologische	Frustration-Aggression-Modell, Rache	
	Rational Choice Theory	individuelles Kalkül	

2.3. Fazit

Die Terrorismusforschung ist ein interdisziplinäres, relativ junges und schnell wachsendes Forschungsgebiet. Trotz der massenhaften Literatur zum Thema ‚Terrorismus‘ besteht ein Definitionsdilemma, da es an einem politischen und wissenschaftlichen Konsens mangelt. Fest steht, dass Terrorismus als Gegenstand öffentlicher und politischer Kommunikation ein negatives Label ist. Die Anwendung des Begriffs des Terrorismus zielt auf die Delegitimierung seiner Täter und ihrer Zielsetzung. Vor diesem Hintergrund ordnete das Kapitel den Terrorismusbegriff unter dem Phänomen der politischen Gewalt ein. Die Gewalt ist die zielgerichtete, direkte physische Schädigung von Menschen durch Menschen. Die politische Gewalt ist eine spezifischere Form der Gewalt. Sie steht für kollektive Handlungen, die in großem Umfang physische Zwangsmaßnahmen beinhalten und dem Gegner Schaden zufügen, um politische Ziele zu erreichen. Dagegen bedeutet die Gewaltfreiheit das gewaltlose Aushandeln von politischen Konflikten.

Der Terrorismus wurde für dieses Forschungsvorhaben anhand bestimmter Kriterien, den so genannten formalen Definitionsaspekten, definiert. Der Terrorismus ist eine illegitime politische Gewalt, die durch Abschreckung der Zivilisten die Bewahrer des Status quo zu einer politischen Entscheidung nötigen will. Die formalen Aspekte des Terrorismus erweitern jedoch diese Definition. Sie umfassen die Motivation der Täter, die in der Überzeugung von der Richtigkeit ihres Anliegens liegt, sei diese die Bewahrung oder die Erschütterung des Status quo. Die Zielsetzung ist die konkrete Forderung der Täter, sei diese die Nationalbefreiung, eine politische Botschaft der Abschreckung oder das Erzwingen einer militärischen oder politischen Reaktion, wie einen Truppenrückzug oder den Abbruch der Friedensverhandlungen. Die Opfer terroristischer Gewalt sind Zivilisten und Nichtkombattanten. Der Untergrundterrorismus und der Staatsterrorismus stimmen hinsichtlich des illegitimen Charakters und der Wahllosigkeit der Opfer, die nach dem Zufallsprinzip fallen, überein. Terrorismus ist kalkuliert und geplant;

so sind beispielsweise spontane Gewaltakte und Krawalle nicht dem Terrorismus zuzuordnen. Terrorismus ist an eine Zielgruppe gerichtet, die als eigentliche Bewahrer des Status quo oder als Entscheidungsträger gilt. Die terroristischen Akte sollen die Zielgruppe zu einer bestimmten Handlung zwingen, die der Zielsetzung der Terroristen entspricht. Aus einer konsequenzialistischen Sicht ist die Wirksamkeit der Terrorakte an ihrem politischen Erfolg zu messen. Denn oft ist der Terrorismus unwirksam, d. h. mit größerem Schaden als Nutzen verbunden. Auf der Täterebene wird in dieser Studie nicht zwischen Untergrund- und Staatsterrorismus unterschieden. Es gilt die Beurteilung der Tat, nicht des Täters. Substaatliche Gruppen arbeiten im Untergrund, während der staatliche Akteur den Terrorismus institutionalisiert. Gemeinsam haben sie, dass sie illegitime Gewalt ausüben. Die Illegitimität basiert nicht auf den politischen Zielsetzungen, die einen hohen moralischen Wert haben können, sondern auf der Nutzung extremer Mittel, wie die rücksichtslose Gewalt, vor der die Moral der Ziele vergeht. Legalität ist nicht mit Legitimität gleichzusetzen, denn Staaten sind die Instanzen, die die rechtlichen Normen setzen. Die staatliche Gewalt des Militärs oder der Polizei kann legal sein, jedoch gleichzeitig als illegitim bezeichnet werden. Da der Terrorismus eine illegitime politische Gewalt ist, bemühte sich das Kapitel um die Diskussion von Terrorismus und Moral. Zudem erläuterte das Kapitel die Gewaltfreiheit als alternatives Mittel in der politischen Auseinandersetzung. Abschließend kann man die Aspekte des Terrorismus wie folgt in Tabelle 2.7. zusammenfassen.

Im Anschluss wurde die Frage abgehandelt, inwiefern Terrorismus als politisches Label im israelisch-palästinensischen Konflikt genutzt werden kann. Die Begriffspaare Untergrundterrorismus gegenüber Widerstandskampf sowie Staatsterrorismus gegenüber Kriegsverbrechen wurden verglichen und diskutiert. In der vorliegenden Untersuchung werden die Richtlinien des Internationalen Rechts und die Menschenrechte als Trennungslinie zwischen terroristischen und widerständischen Gewaltakten übernommen. Vom Prinzip her ist ein Freiheitskampf aufgrund seiner Zielsetzung legitim, wenn sich die Anwendungstaktiken der Gewalt an die ethischen Mindestkriterien halten. Bestimmte Kriterien, wie die Bindung an die umstrittenen Gebiete und das Nichttöten von Nichtkombattanten, unterscheiden den Freiheitskampf vom irredentistischen Terrorismus.

Bei der Erläuterung des Staatsterrorismus ist wichtig zu beachten, dass gerade im israelisch-palästinensischen Konflikt es der israelischen Regierung an Legitimität bei der palästinensischen Bevölkerung fehlt. Für die Palästinenser gilt Israel als eine Fremdherrschaft. Das Gewaltmonopol eines Staats zur Selbstverteidigung ist im Grunde legitim, vorausgesetzt er hält sich an das Völkerrecht und die Menschenrechte der Nichtkombattanten. Die Moral der Zielsetzung des Staats verliert an Wert, wenn der Staat extreme illegitime Mittel der Gewalt nutzt.

Tabelle 2.7. Zusammenfassender Vergleich zwischen Untergrundterrorismus und Staatsterrorismus anhand der formalen Definitionsaspekte

Terrorismus-Definitionsaspekt	Untergrundterrorismus	Staatsterrorismus
Motivation	- dient der Erschütterung des Status quo	- dient der Stabilisierung des Status quo
Zielsetzung	- Befreiung, Abschreckung, Rache, Erzwingen von Reaktionen	- Abschreckung, Rache, Erzwingen von Reaktionen
Opfer	- Zivilisten, Sicherheitskräfte	- Zivilisten, mutmaßliche Terroristen
Zielgruppe	- Bewahrer des Status quo: Politiker und Meinungsführer	- Bewahrer des Status quo: Politiker und Meinungsführer
Planung	- kalkuliert	- kalkuliert
Legitimität	- Illegitime politische Gewalt	- Illegitime politische Gewalt
Legalität	- illegal, gegen das Völkerrecht	- oft außergerichtlich, gegen das Völkerrecht, auch wenn vom Staat legalisiert
Akteure / Täter	- Substaatliche Gruppen - Revoltierender Terrorismus (von unten)	- staatliche Akteure - Repressiver Terrorismus (von oben)

Der zweite Teil dieses Kapitels beschäftigte sich mit den Erklärungsansätzen für die Terrorismusursachen. Ursachen des Terrorismus wurden auf Makro-, Meso- und Mikroebene untersucht. Für den Untergrundterrorismus besteht jedoch eine Fülle an Literatur. Die politischen Ursachen spielen eine vorrangige Rolle für den Terrorismus. Das politische Herrschaftssystem, die politischen Akteure und deren Interaktionen sowie innenpolitische und internationale Machtkonstellationen gehören zu den Ursachen. Konkrete Zielsetzungen wie ethno-nationalistischer Separatismus bzw. Irredentismus oder die Bewahrung nationaler Sicherheit sind für den Israel-Palästina-Konflikt besonders relevant. Zu den gesellschaftlichen Ursachen gehören die sozio-ökonomischen Faktoren (wie Armut oder niedriger Bildungsgrad); sie haben eine Wirkung auf den Terrorismus, jedoch nicht als kausaler Effekt, sondern als Milieu, in dem das wahrgenommene Unrecht in Gewalt resultieren kann. Die kulturalistischen Ursachen, seien sie religiöse oder ideologische Glaubenssätze, verleihen dem Terrorismus vor allem eine moralische Rechtfertigung. Dazu gehören im Konflikt der islamische bzw. der jüdische Fundamentalismus oder Ideologien des Nationalismus, wie der Zionismus. Die kulturalistischen Ursachen wurden nicht abgelehnt, jedoch vor den politisch-historischen Entwicklungen im Israel-Palästina-Konflikt erläutert. Auf Mesebene liefert die Theorie zur politischen Auseinandersetzung mit ihren Annahmen zur Ressourcen-Mobilisierung der sozialen Bewegungen sowie die Untersuchung von strukturellen Gegebenheiten (wie Netzwerken, Konfliktfähigkeit einer Gruppe, Rekrutierung, Resonanz in der Gesellschaft) plausible Erklärungsmuster für die untergrundterroristische Gewalt. Mikrotheoretische Erklärungen bieten die psychologisch-emotionalen Ursachen, die auf Annahmen der Relativen Deprivation oder des Frustration-Aggression-Modells basieren. In einem begrenzten Maße wies die Literatur auf Rache und eventuell sogar psychologische Neurosen als Auslöser der terroristischen Gewalt hin. Ferner gehören zu den Gründen terroristischer

Gewalt ebenso rationale Ursachen, wie das individuelle Kalkül von Nutzen gegenüber Schaden. Anschließend wurden die theoretischen Erkenntnisse der Ursachen in Kapitel 2.2.2. auf jeweils den palästinensischen Untergrundterrorismus und auf den israelischen Staatsterrorismus angewandt. Da die Ursachen des Staatsterrorismus kaum untersucht werden, wurde nur die Makroebene für den Staatsterrorismus theoretisch bearbeitet. Das zweite Kapitel bettet den Terrorismus aufgrund einer politikwissenschaftlichen Basis ein. Im folgenden Kapitel werden die Entstehungsbedingungen für die Mediendiskurse zum Terrorismus untersucht.

Framing von Terrorismus im Nahostkonflikt
Eine Analyse deutscher und ägyptischer Printmedien
Badr, H.
2017, XX, 447 S. 23 Abb., Softcover
ISBN: 978-3-658-17392-0